

DEUTSCHE

# POLIZEI

MAI 2014 ZEITSCHRIFT DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI



**Warnstreiks erfolgreich:  
Höhere Einkommen**

SPART  
EURO + 3,5%

TARIFUNG

# LOGGEN SIE SICH EIN!

Kostenloser  
Onlinezugang für  
Abonnenten!

**Polizei-Fach-Handbuch**  
Loseblatt  
mit Abonnement  
inkl. Online-Zugang



Unser Klassiker jetzt auch auf  
[www.polizeifachhandbuch.de](http://www.polizeifachhandbuch.de)

## Kostenfreier Online-Zugang!

Abonnenten der Loseblatt-Ausgabe steht das Werk auch online zur Verfügung. So haben sie eine komfortable und schnelle Zugriffs- und Recherchemöglichkeit.

**POLIZEI  
FACHHANDBUCH**

✓ Login

Benutzername eintragen

Passwort eintragen

Zugangsdaten vergessen?

↙ Freischaltcode



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH  
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270  
vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de · www.VDPolizei.de

Weitere Informationen unter [www.polizeifachhandbuch.de](http://www.polizeifachhandbuch.de)

## BUNDESKONGRESSTICKER ++



Foto: GdP/Immel

Einen Veranstaltungsmarathon von sieben Delegiertentagen und einer Bundesjugendkonferenz hat die GdP jüngst absolviert. Gleich sieben neue Führungsspitzen, darunter die erste Frau und der jüngste Mann als GdP-Landesvorsitzende, wurden in ihr frisches Amt gewählt. ...

**Seite 10**

## GEWALT GEGEN POLIZEI



Foto: Jürgen Seidel/GdP NRW

Intensive Debatte bei nordrhein-westfälischem GdP-Delegiertentag ... „Ich werde auch als Frau oft nicht respektiert, insbesondere von muslimischen Mitbürgern, da wird oft gesagt: Du bist eine Frau, Du hast hier sowieso nichts zu melden, geh bitte weg. Oder ich werde komplett ignoriert. Das darf in so einer modernen Gesellschaft nicht sein. Wir sind gleichberechtigt.“ ...

**Seite 21**

## DEUTSCHER VERKEHRSGERICHTSTAG 2014



Foto: obs/AXA Konzern AG

... „Zwar helfen sich die EU-Staaten nun gegenseitig beim Eintreiben von Bußgeldern. Doch nicht immer müssen Autofahrer wirklich zahlen. Denn schon in der Kette der Bearbeitung ergeben sich bei Knöllchen aus dem EU-Ausland einige Probleme.“ ...

**Seite 30**

**2** **EUROPAWAHL AM 25. MAI 2014** Wahlrecht nutzen!

**3/38** **FORUM**

**4** **TITEL/TARIFRUNDE 2014** Warnstreiks mit Wirkung: Höhere Einkommen erzielt

**10** **BUNDESKONGRESSTICKER**

Kevin Komolka führt JUNGE GRUPPE (GdP) an – Bundesjugendkonferenz: Kein weiterer Personalabbau bei der Polizei

**12** Verhandlungsleitungen geschult

**12** GdP-Landesbezirk Berlin wird künftig von einer Frau angeführt

**14** Arnold Plickert vier weitere Jahre an Spitze der GdP NRW

**15** Auch die GdP-Saarland mit neuem Vorsitzenden

**16** Andreas Grün übernimmt hessischen Landesvorsitz von Jörg Bruchmüller

**18** Führungswechsel bei GdP Thüringen

**19** GdP Bundespolizei wählt Jörg Radek an die Spitze

**20** Jochen Kopelke ist neuer Bremer GdP-Chef

**21** **GEWALT GEGEN POLIZEI** „Es ist einfach, wie es ist, und da gibt es auch nichts schönzureden.“

**26** **GESPRÄCHE**

GdP-Chef beim BND-Präsidenten Gerhard Schindler

**27** Meinungs austausch mit Bundesinnenminister

**27** Verfassungsschutz unverzichtbarer Baustein deutscher Sicherheitsarchitektur

**29** **FORUM GdP-PERSONALRÄTE**

Personalvertretungsrechtliche Probleme erörtert

**DEUTSCHER PERSONALRÄTE-PREIS 2014** Countdown läuft

**30** **DEUTSCHER VERKEHRSGERICHTSTAG 2014**

„EU-Knöllchen“ und mehr Transparenz bei der MPU

**35** **LANDESKINDERSCHUTZKONFERENZ**

Keine Entwarnung bei sexuellem Missbrauch

**40** **BÜCHER/IMPRESSUM**



## Wahlrecht nutzen!

Über die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments und den Präsidenten der Europäischen Kommission werden Ende Mai 375 Millionen EU-Bürgerinnen und -Bürger, davon rund 60 Millionen in Deutschland, entscheiden.

Die Europawahl ist die erste Wahl nach der Eurokrise und insofern ist

Sozial- und Sicherheitspolitik zu gewährleisten.

Europa braucht nicht nur Verträge und eine einheitliche Währung, sondern es braucht das Vertrauen der Menschen in einen gemeinsamen Lebensraum, der geprägt ist von mehr Bürgernähe. Die Bürger wollen ein Europa in Frieden und Freiheit. Und

sie wollen ein soziales und vor allem sicheres Europa, das nicht nur Nutzgemeinschaft ist, sondern auch als Schutzgemeinschaft wahrgenommen wird. Die Absichtserklärung der Europäischen Union, einen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts zu entwickeln, mündet in das „Stockholmer Programm“ einer gemeinsam erklärten europäischen Sicherheitsarchitektur.

Als Mitglied von EuroCOP haben wir Anfang des Jahres bei der EU-Kommission in Brüssel deutlich gemacht, dass es aber nicht bei bloßen Absichtserklärungen bleiben darf. Die EU-Kommission muss mehr denn je auf die

Mitgliedsstaaten Einfluss nehmen, damit die Zielsetzung des Stockholmer Programms mit Leben erfüllt wird. Das heißt konkret, dass neben einer effektiveren Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten auch die entsprechenden Arbeits- und Rahmenbedingungen für unsere Kolleginnen und Kollegen europaweit geschaffen werden müssen. Und genau das passiert eben nicht, im Gegenteil: Die durch die Finanzkrise verursachten Haushaltseinsparungen führen überall zu Reduzierungen beim Polizeipersonal, zu einer zwangsläufigen Arbeitsverdichtung und letztlich zu einer schlechteren Qualität der Kriminalitätsbekämpfung, die darin

sie auch eine Schicksalswahl. Viele Menschen äußern Desinteresse und Misstrauen. Nicht wegen der herausragenden Idee, gemeinsam in Frieden und Freiheit zu leben, sondern weil sich das gegenwärtige „Projekt“ Europa in einem beklagenswerten Zustand befindet. Rettungsschirme für Banken, nationalstaatliche Tendenzen und das Gefühl einer überbordenden Bürokratisierung haben dazu beigetragen. Die Menschen schütteln zu Recht die Köpfe, wenn sie eine Europäische Kommission erleben, die den Krümmungswinkel von Gurken vorgeben will, aber nicht in der Lage ist, eine effektive



mündet, dass beispielsweise die Organisierte Kriminalität europaweit und teilweise fast unbehelligt agieren kann.

Auch deswegen ist die bevorstehende Europawahl für uns alle so wichtig. Der gegenwärtige EU-Parlamentspräsident Martin Schulz hat es in seiner Rede in Brüssel so formuliert: „Europa muss als Gemeinschaft handeln. Wir müssen begreifen, dass kein Staat allein unsere sozialen Werte gegen eine hemmungslose Globalisierung verteidigen kann. Europa ist die Antwort auf den Irrsinn der Kriege unter Nachbarn.“

Die Europawahl darf nicht zur Wahl ohne Wähler werden. Und sie darf nicht Plattform für antieuropäische Parteien und Kandidaten werden, die auf starken Nationalismus setzen. Es wäre daher verheerend, wenn durch eine geringe Wahlbeteiligung die Demokratie in Europa zusätzlich untergraben würde. Und es wäre fatal, wenn Europa in eine unglückliche Vergangenheit zurückfallen würde und in eine Kleinstaatelei, die geprägt ist von einem Neben- und Gegeneinander.

Wenn wir gemeinsam davon überzeugt sind, dass unsere europäischen Grundwerte der Freiheit, der Demokratie und der Gerechtigkeit weiterhin Gültigkeit haben sollen, gibt es nur eine Wahl: Wählen gehen und gemeinsam Verantwortung übernehmen, für ein Europa des Miteinanders in Sicherheit.

Jörg Bruchmüller  
Mitglied des EuroCOP-  
Exekutivkomitees



Foto: EuroCOP



### Zu: In Arbeitszufriedenheit investieren, DP 3/14

In ihrem Artikel wird vorrangig der Polizeidienst betrachtet. Doch ich finde, man sollte den Backoffice-Bereich nicht unterschätzen. Dort, wo schon heute der Öffentliche Dienst im Nachteil ist durch die starren Strukturen und Vorgaben. Während im privatwirtschaftlichen Bereich schon längst der Kampf um Fach- und Führungskräfte begonnen hat. Hier wird in größeren Unternehmen auf die Arbeitszufriedenheit eingegangen, da auch hier erkannt worden ist, das ohne diese Motivation keine Fachkraft mehr zu halten ist.

Auch ich habe festgestellt, dass über die Jahre das Aufgabenspektrum bei gleicher Gehaltstufe um ein Vielfaches gewachsen ist. So ist es hier auch nicht mehr die Ausnahme, dass das Gehalt um 20 bis 30 Prozent unter dem der privatwirtschaftlichen Unternehmen liegt. Die Anforderungen an die Mitarbeiter steigen nicht nur durch den technischen Wandel, sondern auch durch den Wegfall an Stellen und somit Personal. Dass es dann an vielen Stellen zu einem Single Point of Failure kommt, ist eine nicht mehr zu leugnende Tatsache, die nur noch durch das Engagement des einzelnen Mitarbeiter aufgefangen werden kann. Dass sich hieraus nun auch Krankheitsbilder wie Burn-out und andere ergeben, lässt sich ebenfalls nicht wegdiskutieren. Hier Vorgesetzte einzusetzen, die nur an Zahlen/Kennzahlen gemessen werden, halte ich für ein fragwürdiges Mittel. (Oder sollte man die Zahlen auf die Krankheitstage der Mitarbeiter und Fluktuation in seinem Bereich beziehen?)

Mein Eindruck ist vielmehr auch, dass Vorgesetzte sich mehr auf das Monitäre berufen, da sie es ja selber nicht direkt ändern können. Aber muss nicht vielmehr hinterfragt werden, ob der direkte Vorgesetzte seine ihm gegebenen Möglichkeiten voll ausschöpft? Die monetäre Frage ist zumeist an anderer viel höherer Stelle zu klären und bedarf mittlerweile schon einer politischen Entscheidung, will sich der öffentliche Dienst nicht innerhalb der nächsten drei bis fünf Jahre völlig vom Markt für qualifizierte Fachkräfte abhängen lassen.

Das Mitarbeitergespräch nicht nur als Pflicht, sondern vielmehr als Motivationsinstrument zu sehen, empfinde ich als ein wichtiges Element der Mitarbeiterführung. Nicht nur für den Mitarbeiter als Feedback, sondern vielmehr als Reflektionsinstrument für den jeweiligen Vorgesetzten. Nur so kann ich feststellen, ob ich alles für meine Mitarbeiter getan habe. Nur so habe ich motivierte Mitarbeiter, die hinter mir stehen und auf die ich mich verlassen kann. Leider wird dieses Instrument in unserem Bereich nicht eingesetzt.

Doch muss der Vorgesetzte noch mehr vom Bereich HRM (Human Resource Management) unterstützt werden. Mein Eindruck ist, dass hier der Bereich Personal nur Personalverwaltung macht und kein HRM. Denn wie wären sonst solche Umfragen zu erklären, wie „Wer hat alles einen Lkw-Führerschein?“ Denn diese Information sollte im Personalsystem digital eingepflegt sein, sodass der jeweilige Vorgesetzte auch erkennen kann, wo kann ich meine Mitarbeiter fördern. Auch muss hier noch viel getan werden, um den motivierten Mitarbeitern zu zeigen, wie der Aufstieg innerhalb der Behörde für sie denn aussehen kann.

Sicherlich sind einige dieser Dinge für den Bereich der Beamten schon geregelt, doch für die Fachkräfte und Spezialisten im Bereich der Angestellten ist hier noch Nachholbedarf. Hieraus nun zu schließen, die Stellen mit nicht mehr voll einsatzfähigen Polizeibeamten zu besetzen, damit irgendjemand die Aufgabe erfüllt, halte ich für eine kurzfristige Lösung. Denn wie soll der Vorgesetzte eine zufriedenstellende Arbeit abliefern, wenn seine Mitarbeiter nicht die fachlichen Voraussetzungen für die Stelle mitbringen? Die Queen kann jemanden vielleicht zum Sir ernennen, aber fachliche Qualifikation muss man schon erwerben.

Hermann Kuchta, per E-Mail

### Zu: GdP erarbeitet Grundsätze zur Weiterentwicklung der DHPol, DP 2/14

Herzlichen Dank für den Artikel in der DP-Februar-Ausgabe über die Weiterentwicklung der DHPol zur Univer-

sität. Sie schreiben mir aus der Seele. Die Verzahnung von Praxis und Wissenschaft ist eine qualitative Bereicherung für unseren Beruf und für meine Funktion – für jede Funktion im höheren Dienst (hD). Der gesellschaftliche Anspruch an Polizei-Führungskräfte ist hoch. Fundiertes Wissen zur Lösung komplexer Themen und Problemstellungen sowie ganzheitliches Denken wird in vielen Lebensbereichen immer wichtiger und auch erwartet.

Polizeibeamte des hD sind bereits auf Inspektionsleiterebene auf ein gutes Netzwerk innerhalb ihres Wirkungskreises angewiesen, das nicht nur Leiter anderer Behörden, sondern auch Politiker, Wirtschaftsgrößen, Medienvertreter und Leiter von Vereinen und Verbänden umfasst. Die Positionierung eigener Ziele und das „Mitreden“ auf Augenhöhe gelingt nur durch Akzeptanz und diese wird in unserer Wissensgesellschaft nicht selten an der beruflichen Stellung und der dahinter stehenden Qualifikation festgemacht.

Sicherlich ist die Veränderung für viele ein Bruch mit Bewährtem, aber ohne Alternative. Dennoch sind weiterhin Stimmen auch aus höchsten Kreisen der Polizei zu vernehmen, die die zunehmende „Verwissenschaftlichung“ der Ausbildung hD als nicht erforderlich bewerten – der Polizeiberuf ist ein praktischer Beruf und keine Wissenschaft, so die Kritiker. Oder, ich zitiere aus einem Gespräch mit einem Beamten des hD: „... und wenn Sie sich in meiner Behörde bewerben würden, hätte ich Probleme damit, dass Sie an einer Dissertation arbeiten. Dadurch

Fortsetzung auf Seite 38

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

#### Kontakt zur Redaktion:

GdP-Bundesvorstand  
Redaktion DEUTSCHE POLIZEI  
Stromstraße 4  
10555 Berlin  
Tel.: 030/39 99 21-113  
Fax: 030/39 99 21-200  
E-Mail:  
gdp-pressestelle@gdp.de





## TARIFRUNDE 2014

## Warnstreiks mit Wirkung: Höhere Einkommen erzielt

**Nach bundesweiten Warnstreiks von hunderttausenden Beschäftigten sowie drei intensiven Verhandlungsrunden zwischen Arbeitgebern und den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes ist Anfang April nach den Worten des Bundesvorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Oliver Malchow, für die Kolleginnen und Kollegen beim Bund und in den Kommunen ein zufriedenstellendes Ergebnis erzielt worden. Malchow: „Das Engagement, der Einsatz und die Kreativität unserer Kolleginnen und Kollegen bei den Warnstreikaktionen, die unmittelbare Unterstützung am Verhandlungsort und der feste Wille, die Einkommen vor allem der unteren bis mittleren Einkommensgruppen deutlich zu steigern, haben bei den Arbeitgebern Wirkung erzielt. Das hat uns hier am Verhandlungstisch in Potsdam ordentlich den Rücken gestärkt.“ In den ersten zwölf Monaten der vereinbarten zweijährigen Laufzeit erhalten die Beschäftigten rückwirkend ab 1. März 2014 drei Prozent, mindestens aber 90 Euro mehr. Ab 1. März 2015 erhöht sich das Einkommen um weitere 2,4 Prozent. Die Große Tarifkommission (GTK) der Gewerkschaft der Polizei hatte das Ergebnis mehrheitlich angenommen.**

**D**er Verlauf der ersten Runde der Tarifverhandlungen Mitte März deutete zunächst eher auf Konfrontation denn Konsens hin. Vergeblich hatten die öD-Gewerkschaften mit ver.di-Chef Frank Bsirske an der Spitze auf ein Angebot der Verhandlungsführer, Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière und Dr. Thomas Böhle, Präsident der Vereinigung kommunaler Arbeitgeberverbände (VKA), gewartet. Als im Volumen zu hoch und in der Struktur falsch bezeichnete der Minister die Forderung der Gewerkschaften nach einem Sockelbetrag von 100 Euro samt einer Lohnsteigerung von 3,5 Prozent. Man sei zwar einigungsfähig, und auch einigungsbereit, doch in den Positionen zu weit auseinander.

Kaum verbessert schien die Lage nach der schon eine Woche später absolvierten zweiten Runde – erneut kein Angebot der Arbeitgeber. Doch mit leeren Händen waren de Maizière und Böhle auch nicht gekommen. Aus Teilnehmerkreisen verlautete, man bewege sich in ersten Detailfragen aufeinander zu. Wer aber in zentra-

len Punkten weit voneinander weg stehe, benötige eben doch Zeit für die Strecke. Weder Arbeitgeber noch Arbeitnehmer hatten den Gesprächsfaden reißen lassen. Übereinstimmung herrschte zu diesem Zeitpunkt darüber, aufgrund der konstruktiven und ergebnisorientierten Gesprächsatmosphäre nicht auf Verhandlungsdetails öffentlich einzugehen.

Trotz augenscheinlicher Anzeichen eines abschlussfähigen Kompromisses hielten die Gewerkschaften den Druck hoch. GdP-Chef Malchow hatte – wie die anderen beteiligten Gewerkschaften – unmittelbar nach Schluss der zweiten Runde angekündigt: „Wir werden zur dritten Verhandlungsrunde, die bereits in gut einer Woche beginnen wird, mit den Warnstreiks nachlegen und weitere Bereiche einbeziehen. Arbeitsniederlegungen an den Flughäfen sind ebenfalls nicht ausgeschlossen.“ Angesichts der bemerkenswerten Ausdehnung und Beteiligung an den gewerkschaftlichen Aktionen sollte sich dies keineswegs als leeres Versprechen erweisen. Die stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Kerstin Philipp, im Geschäftsfüh-



renden GdP-Bundesvorstand für den Tarifbereich verantwortlich, ergänzte: „Die Arbeitgeber müssen wissen, wie elementar ein guter Tarifabschluss für unsere Beschäftigten ist. Ihre gute Arbeit muss durch eine entsprechende Lohnerhöhung ihre Anerkennung finden.“

Weder positiv, noch negativ hätten ihn die Aktionen beeindruckt,



**Rüdiger Maas, GdP-Kollege der Bundespolizeiakademie, heizte die Stimmung unter den zahlreichen Demonstranten am Potsdamer Verhandlungsort ordentlich an.**

erklärte de Maizière auf der Pressekonferenz nach der Tarifeinigung. VKA-Präsident Böhle wirkte dagegen „not amused“. „Ich hätte sie nicht gebraucht“, antwortete er vielsagend. Zur Erinnerung: Sechs Tage vor der richtungsweisenden dritten Runde hatten über 50.000 Menschen in mehreren Städten, davon allein 20.000 bei der zentralen Kundgebung in Hannover, den Druck erhöht.

Zu Beginn der letztlich entscheidenden Runde hatten sich zur Mittagszeit erneut zahlreiche Demonstranten der beteiligten Gewerkschaften am Verhandlungshotel im Südwesten der brandenburgischen Landeshauptstadt versammelt. Sie alle sehnten das Eintreffen der Arbeitgebervertreter herbei, um, bestens ausgerüstet, mit allerlei Materialien, die vorerst letzte Chance zu nutzen, die Forderungslage der Arbeitnehmervertreterinnen und -vertreter mit großem Nachdruck zu verdeutlichen. Vom teils ohrenbetäubenden Lärm ließ sich der Bundesinnenminister nicht schrecken. Er ging offensiv auf die Demonstranten zu, erkundigte sich bei der oder dem einen oder anderen nach den individuellen Beweggründen der Teilnahme an den

**Klare Ansage an Bund und Kommunen – auch beim dritten Verhandlungstermin gab es einen „heißen Empfang“ für die Arbeitgeber.**

Fotos (3): Zielasko

Aktionen und ließ sich dabei Zeit.

Im Tagungskomplex empfingen den Minister derweil die Kameras und Mikrofone der wartenden Medienvertreter. Bund und Kommunen seien sich in ihren Positionen einig. Es werde wiederum kein Angebot vorgelegt, sondern direkt verhandelt, so de Maizière knapp. Gleichzeitig fanden sich sowohl die Verhandlungskommissionen wie auch die Verhandlungsführer der Gewerkschaften in Potsdam ein. Nachdem auch Bsirske seinen Interview-Parcours hinter sich gebracht hatte und bevor sich die Tarifparteien zur ersten Unterredung trafen, reflektierte die Arbeitnehmerseite zunächst die jüngsten Warnstreiks und Kundgebungen wie auch die mediale Sicht auf die gewerkschaftlichen Aktivitäten. Danach ging es wieder direkt in den engsten Kreis der Verhandler, „die Spitze“.



Bis in die Abendstunden setzten sich dann im Wesentlichen die Verhandlungen in dieser kleinen auf die Spitzen der Arbeitgeber sowie auf Arbeitnehmerseite mit Verhandlungsführer ver.di-Chef Bsirske und Vorstandskollege Achim Meerkamp, dort zuständig für alle Beschäftigten in Bund, Ländern und Gemeinden, beschränkten Runde fort. Bsirske und Meerkamp hielten die ver.di-Verhandlungskommission, in der die Vertreter der GdP und GEW ihre Plätze einnahmen, über die Verhandlungsstände auf dem Laufenden – soweit es welche gab: Es seien in den ersten Gesprächsrunden zahlreiche Detailfragen erörtert worden, berichteten beide ver.di-Spitzen. Wesentliche Annäherungen seien nicht erzielt worden. Noch lägen die Knackpunkte auf dem Tisch. In einer dritten, abendlichen Gesprächsrunde wolle man, erläuterte Bsirske, seitens der Gewerk-





**Enger Austausch zwischen ver.di-Verhandlungsführer Frank Bsirske und GdP-Chef Oliver Malchow.**  
Foto: Zielasko

schaften erreichen, dass die erzielten Annäherungen in Detailfragen nun möglichst in Form gegossen werden sollten. In Sachen „Soziale Komponente“ oder „Struktur“ sei man jedoch keinen Schritt weiter. Das werde man sich für den folgenden Tag aufheben, an dem es dann ohne weitere Baustellen nur noch um die zentralen Forderungen Volumen und soziale Komponente der Gewerkschaften gehen solle.

Schon früh am Morgen des neuen Tages schloss sich die Tür des „Kleinen Kreises“ erneut. In der Tat, so der ver.di-Chef später, sei es gelungen, die meisten Detailfragen abzustimmen. Dennoch sei zu diesem Zeitpunkt sowohl ein abschlussfähiger Kompromiss oder auch das Scheitern der Verhandlungen möglich. Das dies schließlich bedeutete, dass die Arbeitnehmervertreter zur Mittagszeit, kurz nach ein Uhr, nicht zur Debatte über ein mögliches erstes Arbeitgeber-Angebot zurückkehren würden, sondern über ein Gesamtpaket, schwante sicherlich kaum einem der Anwesenden.

Auch die just angereiste Große Tarifkommission (GTK) der GdP, die aus Gründen erschöpfter Hotelkapazitäten

ausnahmsweise – wie die GEW – vom Tagungsort entfernt untergebracht worden war, musste sich durch die außerordentliche Dynamik der Verhandlungen „wie ins kalte Wasser geworfen“ fühlen. Jetzt mussten E-Mail und SMS ausreichen, um die GdP-GTK schnellstmöglich auf den aktuellsten Stand zu bringen. GdP-Gewerkschaftssekretärin Alberdina Körner nahm so Kontakt mit stellvertretenden GdP-Bundesvorsitzenden Jörg Radek auf, der in Vertretung von Kerstin Philipp, die wegen der Vorbereitungen des Landesdelegiertentages der GdP Berlin nicht an der Schlussrunde teilnehmen konnte, die GTK-Sitzung leitete. Als sei noch nicht genug Tempo in der Tarifrunde, sorgten zudem Pressemeldungen über eine vermeintliche Einigung zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern für Irritationen in der Verhandlungskommission und der GdP-GTK.

Tatsächlich hatte zu dem Zeitpunkt die entscheidende Sitzung der ver.di-Bundestarifkommission unter Beteiligung der GdP-Vertreter noch gar nicht begonnen und die Verhandlungskommission beriet noch den

Verhandlungsstand und die Frage über die Annahmempfehlung des Verhandlungsergebnisses. Erst gegen 18.00 Uhr waren die Würfel gefallen. Die Große Tarifkommission der GdP hatte unterdessen das Ergebnis mehrheitlich angenommen, was GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow ver.di-Chef Bsirske persönlich mitteilte. Eine gute Stunde später, gegen 19.00 Uhr, gingen dann die Beteiligten vor die seit Stunden ausharrende Presse zur offiziellen Verkündung des erzielten Ergebnisses.

Den Anfang machte de Maizière: „Insgesamt haben wir nach schwierigen Verhandlungen ein aus unserer Sicht gutes und faires Ergebnis erzielt. Dabei haben wir die Kosten für die



Steuerzahler ebenso berücksichtigt wie die berechtigten Wünsche der Beschäftigten im öffentlichen Dienst in Bund und Kommunen nach einer Lohnerhöhung. Mit dem vereinbarten Mindestbetrag in Höhe von 90 Euro sind wir den Forderungen der Gewerkschaften nach einer sozialen Komponente entgegengekommen. Damit haben wir in dieser Verhandlungsrunde die unteren Einkommensgruppen besonders berücksichtigt.“ Aus der Sicht der GdP erfreulich ist, dass der Minister keinen Zweifel daran ließ, das Tarifiergebnis zeit- und wirkungsgleich auf die Bundesbeamten zu übertragen. „Ich werde dazu dem Bundeskabinett im Einvernehmen mit dem Finanzminister einen Gesetzentwurf vorlegen“, sagt der Innenminister abschließend.

„Das Gesamtpaket des Abschlusses ist für uns insgesamt gerade noch vertretbar“, erklärte dagegen VKA-Präsident Böhle. Der Abschluss, so rechnete er vor, koste die kommunalen Arbeitgeber 2014 insgesamt rund 2,55 Milliarden Euro und 2015 zusätzliche zwei Milliarden Euro. Böhle: „Für die kommunalen Arbeitgeber ist es ein Abschluss mit durchaus schwierigen Komponenten, insbesondere wegen des Mindestbetrages. Das Volumen des Mindestbetrages von 0,3 Prozent ist jedoch in der Gesamtabwägung vertretbar. Spielräume für Zugewinne in den oberen Entgeltgruppen seien aus Sicht der kommunalen Arbeitgeberverbände wichtig, um den öffentlichen Dienst beim Wettbewerb um Fach- und Führungskräfte weiterhin

attraktiv zu halten. „Diese Spielräume sind bei der Vereinbarung eines Mindestbetrages größer als bei einem Sockel.“

Der Verhandlungsführer der öD-Gewerkschaften, ver.di-Chef Bsirske, sprach von einem der besten Tarifiergebnisse, das „wir für dieses Jahr 2014 an Tarifierhöhungen verzeichnen konnten“. Bsirske: „Es liegt auf der Höhe des Chemie-Abschlusses. Und das ist gut, weil es die Attraktivität des öffentlichen Dienstes steigert und den öffentlichen Dienst fitter macht für den immer schärfer werdenden Wettbewerb um qualifizierte Nachwuchskräfte.“ Durch den Mindestbetrag profitierten vor allem untere und mittlere Entgeltgruppen von einer überdurchschnittlichen Reallohnsteigerung.“ Der Mindestbetrag von 90 Euro übertreffe bis in mittlere Entgeltgruppen die lineare Gehaltserhöhung von 3 Prozent. Dadurch summierte sich das Volumen der Lohnerhöhung im ersten Jahr auf durchschnittlich 3,3 Prozent. Auch das Ziel, den Abstand zwischen dem öffentlichen Dienst und der Privatwirtschaft zu reduzieren, sei erreicht, betonte er. Positiv sei zudem, dass Bund und Gewerkschaften sich darauf verständigt haben, die Entwicklung befristeter Arbeitsverhältnisse im öffentlichen Dienst bis September 2015 wissenschaftlich untersuchen und bewerten zu lassen. Eingestehen musste Bsirske, dass die für den Nahverkehr geforderte Zulage oder zusätzliche freie Tage als Ausgleich für die Belastung gegenüber den Arbeitgebern nicht durchgesetzt werden konnten. Der ver.di-Chef versprach: „Wir werden da weiter aktiv bleiben.“

Zufrieden zeigten sich auch der GdP-Bundesvorsitzende und die per Telefon dazu geschaltete Kerstin Philipp: „Wir haben es geschafft, eine deutliche Reallohnsteigerung zu erreichen. Die Ausgestaltung der sozialen Komponente mit den Arbeitgebern hat sich jedoch als sehr schwierig dargestellt. Deshalb ist der erzielte Mindestbetrag von 90 Euro für die Beschäftigten in den unteren Lohngruppen gut, wichtig und richtig.“ Auch die Auszubildenden, so Malchow und Philipp, könnten mit dem vereinbarten Festbetrag zufrieden sein. Beide dank-



Beratungen in der ver.di-Bundestarifkommission.  
Foto: Zielasko





**Tarifparteien vor der Presse: (v. l.) GdP-Chef Oliver Malchow, VKA-Präsident Thomas Böhle, Bundesinnenminister Thomas de Maizière, ver.di-Chef Frank Bsirske und ver.di-Vorstand Achim Meerkamp.**

**GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow und Tarif-Gewerkschaftssekretärin Alberdina Körner informieren die Große Tarifkommission der GdP über den Verhandlungsverlauf.**

**Fotos (2): Zielasko**

ten ihren Kolleginnen und Kollegen für die tatkräftige Unterstützung der bundesweiten Warnstreikaktionen und bei den Verhandlungen in Potsdam.

Dem schloss sich GdP-GTK-Mit-

glied Rüdiger Maas uneingeschränkt an und bezeichnete das Tarifergebnis als ein „starkes Signal für die unteren Lohngruppen“. „Wir haben ein respektables Ergebnis für die 2,1 Mil-

lionen Beschäftigten des Bundes und der VKA erkämpft!“ Der stellvertretende Vorsitzende des GdP-Bezirks Bundespolizei führte fort, dass in dieser Tarifaueinandersetzung eine soziale Komponente – „sei es durch einen möglichst hohen Sockelbetrag oder einen Mindestbetrag“ das Wichtigste war. „Gerade die sogenannten kleinen Leute sollten diesmal überdurchschnittlich von dem Abschluss profitieren. Schließlich sind sie es, die die große Mehrheit der Tarifbeschäftigten nicht nur bei der Bundespolizei, sondern auch bei der Bundesfinanzpolizei Zoll, beim Bundesamt für Güterverkehr (BAG) als auch im Beschäftigungsbereich der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) stellen. Sie sind außerdem die Beschäftigtengruppe, die zum Erreichen unserer Ziele mehrheitlich unsere Streik- und Demonstrationsmaßnahmen gestaltet haben – und das nicht zum ersten Mal. Von Gehältern, die oft nur knapp über Mindestlohnniveau liegen, kann niemand seine





**Mehrere Minuten ließ sich Bundesinnenminister de Maizière Zeit, um sich die Argumente der GdP-Demonstranten anzuhören.**  
Foto: Zielasko

Familie ernähren – schon gar nicht in den Ballungsräumen. Hiervon sind nicht nur Kolleginnen und Kollegen mit vergleichsweise einfachen Tätigkeiten betroffen, sondern auch qualifizierte Beschäftigte, die Tätigkeiten mit hohen Anforderungen bei gleichzeitig unanständig schlechter Bezahlung beziehungsweise Eingruppierung leisten. Die Tarifkommissionen von ver.di, GEW und GdP lagen in der Frage einer ‚solidarischen Forderung‘ eng beieinander: Die Entgeltgruppen 1 bis 8 mussten bei dem jetzigen Abschluss endlich stärker berücksichtigt werden.“ Trotz enormer Gegenwehr der Arbeitgeberseite, vor allem der Vertreter der VKA, sei es gelungen, einen Mindestbetrag durchzusetzen, zeigte sich Maas, der mit zahlreichen anderen GdP-Demonstranten den Arbeitgebern am Potsdamer Verhandlungsort mit „heißen Empfängen“ einheizte, erleichtert.

Die Arbeitgeberseite hatte bei Beibehaltung der Forderung nach einem Sockelbetrag mit verstärkten Ausgliederungen oder Privatisierungen gedroht – gerade in den Tätigkeitsfeldern der unteren Einkommensgruppen. Die DGB-Gewerkschaften hätten aber sowohl in den direkten Verhandlungen als auch durch beeindruckenden



**GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow verabschiedete die langjährigen Mitglieder der Großen Tarifkommission, Wilhelm „Willy“ Pistor (l.) aus Niedersachsen und Günter Schlegelmilch vom Bezirk Bundeskriminalamt.**  
Fotos (2): Zielasko

Warnstreikmaßnahmen dagegen gehalten und sich schließlich mit einer starken sozialen Komponente durchgesetzt. Maas abschließend: „Natürlich gibt es auch weiterhin Gerechtigkeitslücken, die es zu schließen gilt. Allerdings müssen sich Kritiker des Ergebnisses auch die Frage gefallen lassen, wie wir unsere Forderungen bei sinkenden Streikmöglichkeiten durch Ausgliederungen und Privatisierungen von Aufgaben auch in der Zukunft durchsetzen. Es gilt: Nach den Tarifverhandlungen ist vor den Tarifverhandlungen!“

Michael Zielasko



# Kevin Komolka führt JUNGE GRUPPE (GdP) an

## Bundesjugendkonferenz: Kein weiterer Personalabbau bei der Polizei – Förderalismusreform umkehren

**„Die jungen Kolleginnen und Kollegen besitzen mit der GdP-Jugendorganisation eine starke Stimme, mit der sie sich seit jeher für eine erfolgreiche und zukunftsfähige Gewerkschafts- und Polizeiarbeit einsetzen, und immer wieder aufs Neue versuchen, die gesellschaftlichen und gewerkschaftlichen Entwicklungen nach ihren Vorstellungen mit zu bestimmen und zu gestalten“. Mit diesen Worten wandte sich der neue Bundesvorsitzende der JUNGEN GRUPPE (GdP), Kevin Komolka, an die 14. Bundesjugendkonferenz, die Anfang April unter dem Motto „Wir sind unsere Zukunft“ zwei Tage in Potsdam tagte. Zuvor war der 25-jährige Polizeibeamte aus Niedersachsen mit überwältigender Mehrheit von den mehr als 100 Delegierten gewählt worden.**

Die bisherige Bundesjugendchefin Sabrina Kunz hatte nach über zehnjähriger jugendpolitischer Arbeit nicht mehr kandidiert und wurde mit viel

Mitgliederentwicklung bei den bis Dreißigjährigen in der Gewerkschaft. Seit Januar 2010 sei ihr Anteil um über 18 Prozent gestiegen.

### „Mischt Euch ein“

Der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow appellierte in einem Grußwort an die jungen Polizistinnen und Polizisten: „Mischt Euch ein, bezieht Stellung, übernehmt Verantwortung, gestaltet die neuen Aufgaben gemeinsam mit und versucht nicht die besseren Alten zu sein. Die Stärke in der GdP liegt darin, dass jeder seine Fachkompetenz einbringt.“

In einer mit großer Mehrheit verabschiedeten Resolution forderte die Bundesjugendkonferenz die Bundesregierung und die Länderregierungen auf, die Zukunftsfähigkeit der

Polizei auch künftig zu gewährleisten. Dazu seien Überlegungen und Bestrebungen für eine umgehende Re-Föderalismusreform notwendig. Der stetige, mit Schuldenbremse und Sparzwängen begründete Personalabbau sei „dringend zu unterbinden. Eine Polizei, die ihren Personalbedarf an fiskalischen Kriterien ausrichtet, wird mittelfristig nicht in der Lage sein, ihren eigenen Ansprüchen zu genügen“, erklärten die jungen Polizistinnen und Polizisten, die mehr als 34.000 Mitglieder der JUNGEN GRUPPE (GdP) vertreten.

Der Bundesjugendvorstand (BJV) wurde in einem Dringlichkeitsantrag beauftragt, sich dafür einzusetzen, dass die GdP umgehend die Re-



Beifall von den Delegierten aus dem ganzen Bundesgebiet verabschiedet. „Damit wird den Jüngsten unter uns die Chance gegeben, ihre Zukunft ebenso zu gestalten“, begründete die 33-Jährige aus Rheinland-Pfalz ihren Schritt.

Sie zeigte sich sehr erfreut über die

**Der neue Bundesjugendvorstand um JUNGE-GRUPPE-Chef Kevin Komolka (2.v.l.): Zu stellvertretenden Vorsitzenden wurden mit ebenfalls großartigen Ergebnissen Alexander Poitz aus Brandenburg, Patrizia Spina aus Hamburg (nicht auf dem Foto) und Christoph Möhring aus Hessen gewählt. Kassierer ist André Rauch von der Bundespolizei, sein Stellvertreter Ramin Kalali Emghani aus Bremen. Als Schriftführer wurde René Berg aus Nordrhein-Westfalen, als Stellvertreter Michael Flis (ebenfalls nicht auf dem Foto) aus Rheinland-Pfalz gewählt. (v.l.) Foto: GdP/Immel**





„Die jungen Kolleginnen und Kollegen besitzen mit der GdP-Jugendorganisation eine starke Stimme“, sagte der neue JUNGE-GRUPPE-Chef Kevin Komolka.



Mehr als 60 Anträge berieten die über 100 jungen Gewerkschafter. Fotos (2): GdP/Immel

Föderalisierung vorantreibt. Bei einer Wiedervereinlichung sei eine Verschlechterung, was das Besoldungs-, Versorgungs- und Laufbahnrecht angehe, jedoch nicht hinnehmbar.

Um dies zu erreichen, und insbesondere zur Unterstützung der Landesbezirke und Bezirke sei weiterhin eine starke GdP auf Bundesebene notwendig. „Sie muss zentrale Aufgaben, Ressourcen und Experten bündeln sowie durch eine starke hauptamtlich besetzte Bundesgeschäftsstelle in der Bewältigung ihrer Aufgaben unterstützt werden“, heißt es darin.

In mehr als 60 Anträgen ging es da-

rum, wie die junge Generation in der Polizei und der Gewerkschaft künftig noch mehr Verantwortung übernehmen kann.

Mit der Bundesjugendkonferenz wurden die Personengruppenveranstaltungen in der GdP vor dem Bundeskongress im November in Berlin abgeschlossen.

Wolfgang Schönwald

Zur Homepage der JUNGEN GRUPPE (GdP)






**Der neue COP®-Katalog - ab sofort erhältlich!**

**COP® Specials Mai / Juni 2014** \* Gültig vom 20.04. - 30.06.2014

**1 Halbschuh**  
**MAGNUM® "MPT"**  
Art.-Nr: 87800745-Größe  
Farbe: schwarz  
Größen: EU 39 - 48 (US 7 - 15)  
keine halben EU-Größen  
Gewicht 1 Schuh in Gr. 43: 335 g  
Obermaterial: atmungsaktives Nylon mit Einlagen aus Leder.

Größe US	7	7,5	8	9	10	11	12	13	14	15
Größe EU	39	40	41	42	43	44	45	46	47	48

**Aktionspreis! €49,90**  
statt 69,99\*

**2 Einsatzhandschuh**  
**Hatch® SGX11**  
Art.-Nr: 355GX11-Größe  
Größen: XS - 3XL; Farbe: schwarz  
Material: 53% Nylon, 22% Polyamid, 22% Polyäthylen, 3% Baumwolle.  
Optimaler Schnittschutz durch den neuen Dyneema® Innenhandschuh.

**Aktionspreis! €69,90**  
statt 89,99\*

**EN 388**  
Abriebfestigkeit: Kategorie 4  
Schnittfestigkeit: Kategorie 5  
Weiterreißfestigkeit: Kategorie 4  
Durchstichfestigkeit: Kategorie 2

**3 Under Armour®**  
**Ozzie Rucksack**  
Art.-Nr: UA12404705  
Größe: 45 x 28 x 20 cm  
Material: 100 % Polyester; Farbe: schwarz; Volumen: 24 l  
Rucksack mit gedrucktem Under Armour® Logo auf der Vorderseite. Wasserabweisende Storm®-Imprägnierung des Außenmaterials.  
Ein großes Hauptfach mit Reißverschluss und ein flaches Einschubfach innen für 15" Laptop.

**Aktionspreis! €29,90**  
statt 44,99\*

**4 Under Armour®**  
**Tactical Valsetz Stiefel**  
Art.-Nr. UA1224003B-Größe (beige)  
Art.-Nr. UA1224003-Größe (schwarz)  
Farbe: beige und schwarz  
Größen: US 8 - 14 (EU 41 - 48,5)  
Gewicht 1 Stiefel in Gr. 43: 450 g

Sportlicher, extrem bequemer und ultraleichter Einsatzstiefel von Under Armour®.

**Aktionspreis! €99,90**  
statt 129,99\*

Größe US	8	8,5	9	9,5	10	10,5	11	11,5	12	13	14
Größe EU	41	42	42,5	43	44	44,5	45	45,5	46	47,5	48,5

**5 Tactical Under Armour® Charged Cotton BFL T-Shirt HeatGear®**  
Art.-Nr: UA12398795-Größe  
Farbe: schwarz  
Größen: S - 3XL  
Material: 100% Baumwolle.  
Under Armour® "Big Flag Logo" HeatGear® T-Shirt mit HeatGear® Technologie.

**Aktionspreis! €19,90**  
statt 29,99\*

**6 Hüfttaschenholster COP®MB61**  
Art.-Nr: 20000615  
Farbe: schwarz  
Material: 100% Polyester  
Maße: 28 x 16 cm. Für Rechts- und Linkshänder geeignet. Hüfttaschenholster mit zwei aufgesetzten Taschen, dadurch werden die Konturen der Waffe komplett verdeckt.

**Aktionspreis! €29,90**  
statt 49,99\*

**7 Under Armour® Sporttasche Hustle Medium Duffel**  
Art.-Nr: UA12393535  
Größe: 58 x 30 x 28 cm (L x B x H); Volumen: 52 Liter  
Material: 100% Polyester  
Farbe: schwarz, graue Einlagen und weißer Schriftzug

**Aktionspreis! €39,90**  
statt 54,99\*

**Gezeigt ist nur ein Auszug aus unserem Angebot an über 300 Rest- u. Sonderposten sowie II. Wahl Artikeln. Zu finden unter der Rubrik: Angebote/Restposten auf [www.cop-shop.de](http://www.cop-shop.de)**

\* frühere unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers | \*\* Angebots- / Aktionspreis gültig vom 20. April bis 30. Juni 2014 | \*\*\* ehemaliger Verkaufspreis. Farben können drucktechnisch bedingt abweichen. Druckfehler und Preisrüttler vorbehalten.

## Verhandlungsleitungen geschult



Foto: Zielasko

In zwei Veranstaltungen wurden Anfang des Jahres interessierte Kolleginnen und Kollegen aus den Landesbezirken, Bezirken und den Personengruppen zur Vorbereitung ihrer Aufgaben in den Verhandlungsleitungen durch den in der Berliner GdP-Bundesgeschäftsstelle für Sat-

zungsfragen zuständigen Kollegen Sascha Braun geschult. Neben Fragen des allgemeinen Ablaufs eines Delegiertentages beziehungsweise einer Personengruppenkonferenz wurde intensiv der Abstimmungsmodus über die Anträge beraten. „Ich freue mich sehr, dass so viele Kolle-

ginnen und Kollegen bereit sind, die Verhandlungsleitung zu übernehmen, vor allem das korrekte Abstimmen von Änderungsanträgen zu Hauptanträgen bei gleichzeitigem Vorliegen sogenannter ABK-Fassungen ist sehr anspruchsvoll“, betonte Braun.

sb

## GdP-Landesbezirk Berlin wird künftig von einer Frau angeführt

**Zum ersten Mal in der Geschichte der Gewerkschaft der Polizei (GdP) wird ein Landesbezirk von einer Frau geführt. Mit der überwältigenden Mehrheit von 98,4 Prozent der Stimmen ist Kerstin Philipp Anfang April auf dem 51. Ordentlichen Delegiertentag der GdP Berlin zur neuen Landesbezirksvorsitzenden gewählt worden.**

Ihr Vorgänger Michael Purper hatte sich nach vierjähriger Amtszeit nicht wieder der Wahl gestellt. Als Stellvertreter bestätigten die rund 130 hauptstädtischen Delegierten Detlef Herrmann, Direktion Zentrale Aufgaben (ZA).

Philipp sagte: „Ich freue mich sehr über das Ergebnis und das damit in mich gesetzte Vertrauen. Dass sich die Delegierten erstmals für eine Frau an ihrer Spitze ausgesprochen haben, wertere ich als Zeichen der besonderen Wertschätzung der Arbeit der Frauen bei der Polizei, der Feuerwehr, dem Lan-

desamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten (LABO) und in den Bürger- und Ordnungsämter. Es ist ein Zeichen auch in Richtung Politik, das sagen will: Hier sind wir, die GdP, kein Haufen alter Herren, der in seinem eigenen Saft schmort, sondern eine aufgeschlossene Truppe aus Männern und Frauen, die Dampf macht. Ich kann kaum abwarten, damit anzufangen!“

Die 51-Jährige wurde 1963 in der Altmark geboren und ist seit 1981 bei



**Die Berliner GdP-Landesbezirksvorsitzende Kerstin Philipp und ihr erster Gratulant und Amtsvorgänger Michael Purper.**

Foto: GdP Berlin/Silvia Brinkhus





**Der neue Berliner Vorstand (v.l.n.r.): Vordere Reihe: Arne Wabnitz, Beatrice Weiß, Kerstin Philipp, Michael Laube, Oliver Mertens; Hintere Reihe: Uwe Kurzke, Stephan Kelm, Steve Feldmann, Norbert Cioma, Detlef Herrmann, Matthias Weitemeier**

Foto: GdP Berlin/Silvia Brinkhus

Vorsitzende des Personalrates in der Direktion 6 und füllte zugleich das Amt der GdP-Bezirksgruppenvorsitzenden ihrer Direktion aus. Zwei Jahre später wurde sie zur stellvertretenden GdP-Landesbezirksvorsitzenden gewählt und ist seitdem für den Fachbereich Tarif zuständig. Die südöstlich von Berlin wohnende Tarifbeschäftigte ist seit 2002 stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende und im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand für die Tarifpolitik und die Große Tarifkommission der GdP verantwortlich.

Die weiteren Mitglieder des neuen elfköpfigen Vorstands der GdP Berlin, der die Interessen der 13.500 Mitglieder vertritt: Arne Wabnitz (stellvertretender Vorsitzender), Matthias Weitemeier (stellvertretender Vorsitzender), Beatrice Weiß (stellvertretende Vorsitzende), Stephan Kelm (Kassierer), Steve Feldmann (stellvertretender Kassierer), Norbert Cioma (Schriftführer), Oliver Mertens (stellvertretender Schriftführer), Michael Laube und Uwe Kurzke (Beisitzer). **red**

der Polizei. Bis zur Wende war sie in Berlin-Köpenick Polizistin in der Volkspolizei, nach der Wende Polizeiange-

stellte beim Polizeipräsidenten in Berlin. Auf eigenen Wunsch ließ sie sich nicht verbeamen. Ende 1992 wurde sie

Anzeige

**»WIR zahlen 0€ fürs Girokonto.«**

**Gemeinsam mehr als eine Bank**

## SpardaGiro: Das kostenlose Girokonto\* für Mitglieder.

Wechseln auch Sie zur Bank, die ihren Mitgliedern gehört. Denn gemeinsam machen wir faire Konditionen und einfache Produkte möglich. So, wie unser kostenloses Girokonto.\* Das können Sie auch ganz bequem online nutzen – oder unterwegs mit unserer App. Und um den Kontowechsel kümmern wir uns auch.

Jetzt informieren: [www.sparda.de](http://www.sparda.de)

Kundenmonitor® Deutschland 2013

**Platz 1**

Sparda-Banken (Platz 1 von 1993-2013)

**Kundenzufriedenheit** bei Banken und Sparkassen unter 8 ausgewiesenen Instituten

\* Lohn-/Gehalts-/Rentenkonto für Mitglieder bei Erwerb von 52,- Euro Genossenschaftsanteil mit attraktiver Dividende.

**Sparda-Banken**  
*freundlich & fair*



## Arnold Plickert vier weitere Jahre an Spitze der GdP NRW

**Mit großer Mehrheit hat der Anfang April in Dortmund tagende Landesdelegiertentag der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Nordrhein-Westfalen den bisherigen Landesvorsitzenden Arnold Plickert für weitere vier Jahre im Amt bestätigt. Auf den 57-Jährigen entfielen 96,8 Prozent der abgegebenen Stimmen. In einer Grundsatzrede hatte er zuvor angekündigt, den Widerstand gegen den drohenden Personalabbau bei der Polizei zu erhöhen.**

„Seit 2000 hat die Landesregierung 1.900 Stellen bei der Polizei abgebaut. Den Preis für die verfehlte Personalpolitik zahlen die Bürger in Form von stagnierenden Aufklärungsquoten“, sagte Plickert. „Es reicht. Einen fortgesetzten Personalabbau bei der Polizei darf es nicht geben!“



**Kurz nach der Wahl: der alte und neue GdP-NRW-Chef Arnold Plickert.**

**Foto: Jürgen Seidel/GdP**

Trotz der von Rot-Grün bereits beschlossenen Erhöhung der Einstel-

lungszahlen auf 1.500 Kommissarinnen und -anwärter bilden NRW nicht genügend Nachwuchspolizisten aus, um die in den nächsten Jahren auf die Polizei zurollende gigantische Pensionierungswelle auszugleichen. „Wird die Einstellungszahl nicht erneuert erhöht, gehen uns bis 2020 mehr als 600 Polizisten verloren. Bis 2025 werden es sogar 3.700 sein, mit verheerenden Folgen für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger“, warnte Plickert. Die GdP dringt zudem auf einen Abbau krankmachender Arbeitsbedingungen bei der Polizei. „Außerhalb der Polizei gibt es keine Branche, in der im Schichtdienst dauerhaft in einer 41-Stunden-Woche gearbeitet wird“, sagte er. „Die überlangen Arbeitszeiten bei der Polizei führen nicht zu mehr Sicherheit der Bürger, sondern nur zu noch mehr Dauererkrankten in den Wachen und den Kriminalkommissariaten. Das muss sich dringend ändern.“



**Der neue Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der Gewerkschaft der Polizei NRW: Wolfgang Spies, Lorenz Rojahn, Rainer Peltz, Jutta Jakobs, Ralf Robertz, Arnold Plickert, Michael Maatz, Volker Huß, Michael Mertens, Heinrich Senkowski und Jürgen Wolf (v.l.n.r.).**

**Foto: Uschi Barrenberg/GdP**



Vor dem Hintergrund von 38 Prozent weiblicher Nachwuchspolizisten wollen Plickert, seit Januar 2013 zudem stellvertretender GdP-Bundesvorsitzender, und sein Vorstandsteam auch familienfreundliche Arbeitsbedingungen bei der Polizei durchsetzen. „Wenn wir dieses Problem nicht endlich ernsthaft angehen, werden wir schon bald bei der Polizei gigantische Familienausfallzeiten erleben.“

In den Landesvorstand hat der Landesdelegiertentag der GdP zudem die bisherigen stellvertretenden Landesvorsitzenden Jutta Jakobs (Tarifbe-

schäftige), Michael Mertens (BV Köln) und Wolfgang Spies (BV Düsseldorf) mit großer Mehrheit wiedergewählt. Karl-Heinz Kochs (BV Aus- und Weiterbildung), der neben seiner Funktion als Vorsitzender des Hauptpersonalrats auch stellvertretender Landesvorsitzender der GdP war, trat aus Altersgründen nicht mehr an. Als Nachfolger wurde das bisherige Vorstandsmitglied Rainer Peltz (BV Arnberg) zum weiteren stellvertretenden Landeschef gewählt.

Die übrigen Mitglieder des Geschäftsführenden Landesbezirksvor-

stands wurden ebenfalls mit großer Mehrheit in ihren Funktionen bestätigt. Als Kassierer und als dessen Stellvertreter wurden Heinrich Senkowski (BV Düsseldorf) und Lorenz Rojahn (BV Münster), als Schriftführer und stellvertretender Schriftführer Volker Huß (BV Arnberg) und Ralf Robertz (BV Düsseldorf) sowie als weiteres Mitglied Jürgen Wolff (BV Köln) wiedergewählt. Als Vertreter des Bezirks Aus- und Fortbildung wurde Michael Maatz in den Vorstand gewählt.

red

## Auch die GdP Saarland mit neuem Vorsitzenden

**Ralf Porzel ist Ende März in Püttlingen von den Delegierten des 21. Landesdelegiertentages der Gewerkschaft der Polizei im Saarland zum neuen Landesvorsitzenden gewählt worden. Der 47-jährige Polizeihauptkommissar folgt auf Reinhold Schmitt (60), der nach seiner Ruhestandsversetzung für dieses gewerkschaftliche Spitzenamt nicht mehr zur Verfügung stand. Porzel führt nun neben dem örtlichen Personalrat der Polizeiinspektionen im Landespolizeipräsidium auch die mit weitem Abstand größte Interessenvertretung der saarländischen Polizeibeschäftigten an.**

Porzel versicherte den Delegierten stellvertretend für den neu gewählten Landesvorstand der GdP Saarland: „Wir werden uns auch unter meiner Führung den schwierigen Rahmenbedingungen der nächsten Jahre stellen und uns für die Interessen und Rechte unserer 2.800 Mitgliederinnen und Mitgliedern – auch in Verhandlungen



**Der neue GdP-Saar-Vorsitzende Ralf Porzel (m.) mit seinen Stellvertretern (v.l.) Martin Speicher, Vera Koch, Wolfgang Schäfer und Bruno Leinenbach.**  
Foto: Jan-Karsten Britz





mit der Landesregierung – einsetzen. Wir werden uns einmischen und den Finger – wenn nötig – auch in die Wunde legen.“

Der scheidende Vorsitzende Reinhold Schmitt motivierte in einer sehr persönlichen Rede „seine Gewerkschaft“, sich auch künftig geschlossen und selbstbewusst zu präsentieren, sich immer wieder einzumischen und die Interessen der GdP-Mitglieder im Sinne des Mottos des Delegiertentages „Zukunftssicheres Saarland – Zukunftssichere Polizei?!“ weiterhin kompetent zu vertreten.

Unter dem Strich statteten die Dele-

**Der „Neue“: Ralf Porzel**

**Foto: Lothar Schmidt**

gierten die neue Führungsmannschaft der GdP Saarland mit hohen Vertrauensbeweisen aus.

Zu Stellvertretern des neuen Saarchefs wählten die Delegierten wieder Martin Speicher (48) aus Püttlingen, Wolfgang Schäfer (55) aus Wadgasen, Vera Koch (50) aus Schmelz und den 46-jährigen Bruno Leinenbach aus Saarwellingen-Reisbach. Als Landeskassierer wurde erneut Charly Wannemacher (57) aus Siersburg bestätigt. Sein Vertreter ist künftig Stefan Schnubel (51) aus Eppelborn. Neu in der Rolle der Landeschriftführerin ist die 31-jährige Esther Schneider aus Riegelsberg. Sie wird vertreten von dem 53-jährigen Thomas Ehlhardt von der Polizeiinspektion St. Wendel. **red**

## Andreas Grün übernimmt hessischen Landesvorsitz von Jörg Bruchmüller

**Auf dem 25. Ordentlichen Landesdelegiertentag der hessischen GdP in Marburg/Lahn wurde der mittelhessische GdP-Vorsitzende Andreas Grün mit über 93 Prozent der Delegiertenstimmen zum neuen Landesvorsitzenden gewählt. Der 52-jährige Polizeioberkommissar ist verheiratet, hat zwei erwachsene Töchter und wohnt in Mücke im Vogelsberg. Er tritt die Nachfolge von Jörg Bruchmüller an, der aufgrund seiner europäisch ausgerichteten Gewerkschaftsarbeit bei EuroCOP sowie seiner Tätigkeit als GdP-Bundesschriftführer, nicht mehr kandidierte. Erster Gratulant war der Amtsvorgänger, der die Geschäftsstellenschlüssel an den neuen Chef übergab.**

In seiner Ansprache ging Grün auf die von der schwarz-grünen Landesregierung angekündigten und seitens der Gewerkschaften bereits heftig kritisierten Änderungen bei der Krankerversicherung (Beihilfe) der Beamtinnen und Beamten ein. Die Streichung von Leistungen in der Krankenfürsorge bedeute eine deutlich spürbare Gehaltskürzung. Diejenigen, die tagtäglich



**Schlüssel-Übergabe: Jörg Bruchmüller übergibt das Amt des hessischen GdP-Landesvorsitzenden an Andreas Grün (l.).**

**Foto: GdP Hessen**



bei den Einsätzen den Kopf hinhalten, bedürften auch einer besonderen Krankenfürsorge, sagte der neue GdP-Hessen-Chef. Grün: „Die Polizei hat sich von den Stellenstreichungen vor der ‚Operation sichere Zukunft‘ bis heute nicht erholt. Die zunehmenden

hohes Lob, dass sie trotzdem Tag und Nacht für den Bürger da sind.“

In den neuen Geschäftsführenden Landesvorstand rückten auch junge Kolleginnen und Kollegen auf, die jeweils große Mehrheiten erzielten. Mit

Temmen (Bereitschaftspolizei). Ihre versierte Vertreterin ist Katrin Kuhl (PTLV). Neuer Schriftführer wurde der nordhessische Bezirksgruppenvorsitzende Stefan Rüppe. Er wird vertreten von Markus Hüschentbett aus Südosthessen. Als weitere gleich-



(v.l.n.r.): Swen Eigenbrodt, Heinz Schiskowsky, Jens Morherr, Markus Hüschentbett, Peter Wittig, Antonio Pedron, Andreas Grün, Jörg Bruchmüller, Georg Otto, Katrin Kuhl, Lothar Hölzgen, Sandra Temmen, Ewald Gerk und Stefan Rüppe. Foto: Harald Zwick

Belastungen durch veränderte und neue Kriminalitätsformen müssen die Kolleginnen und Kollegen tagtäglich bewältigen. Um ihre Kolleginnen und Kollegen das Dienstfrei nicht zu gefährden, schleppen sie sich auch mit angegriffener Gesundheit zum Dienst. Das darf nicht vorkommen! Wir brauchen ausreichend Personal. Trotz nicht vorhandener Aufstiegschancen und beruflicher Perspektiven zollen wir unseren Kolleginnen und Kollegen

Heinz Schiskowsky, Angestellter beim HLKA, wurde ein erfahrener Tarifvertreter ebenso zum stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt wie der langjährige Schriftführer und Landesredakteur Ewald Gerk aus Osthessen.

Als Stellvertreter bestätigt wurde der westhessische Personalratsvorsitzende Lothar Hölzgen, erstmals gewählt dagegen Antonio Pedron, Vorsitzender der BZG Südhessen. Neue Landeskassiererin wurde Sandra

berechtigte Mitglieder wurden der Westhessen Peter Wittig mit dem Aufgabenbereich „Seminare“ und „IT“ sowie Swen Eigenbrodt (Südhessen) als Vertreter des höheren Polizeidienstes und der Kriminalpolizei gewählt. Arbeitnehmervertreterinnen wurden Petra Moosbauer, (Frankfurt), Ute Schaft-Paetow (Mittelhessen) und Ruth Steinberg (Osthessen).

red



## Führungswechsel bei GdP Thüringen

**Polizeioberkommissar Kai Christ soll nach dem Willen des Ende März in Friedrichroda stattgefundenen Landesdelegiertentages der GdP Thüringen, als neuer Landesvorsitzender die Geschicke der GdP in den nächsten vier Jahren bestimmen. Der 43-jährige Christ hatte sich in einem Kandidatenwettstreit gegenüber seinem Mitbewerber mit 76 von 98 Stimmen durchgesetzt. Der bisherige Landesvorsitzende Marko Grosa war aus persönlichen Gründen nicht wieder angetreten.**

„Ich werde mich dafür einsetzen, dass die durch die Strukturreform eingesparten Beamten tatsächlich auch auf der Straße ankommen. Gleichzeitig will ich deutlich machen, dass durch die von der Landesregierung geplanten Stelleneinsparungen die Ziele der Reform wieder in Frage gestellt werden“, umriss Christ die Schwerpunkte seiner Arbeit.

Die 100 Thüringer Delegierten berieten fast 40 Anträge, die sich mit



**Kai Christ**

**Foto: Edgar Große**

einer Vielzahl aktueller Themen der Gewerkschaft und der Polizei insgesamt beschäftigten. Klar wurde, die Veränderungen in der Polizeistruktur müssten auch in den Gewerkschaftsstrukturen nachvollzogen werden. So sei die Seniorenarbeit der GdP am Standort mehrerer Kreisgruppen neu

zu regeln. Diskutiert wurden weiter gewerkschaftliche Anforderungen an die bevorstehende Dienstrechtsreform, Kooperationsmöglichkeiten mit anderen Gewerkschaften oder Fachverbänden und die Stärkung des Ehrenamtes. Weitere Themen betrafen den innerdienstlichen Bereich. Sie reichten von der Erhöhung der Attraktivität des Schichtdienstes, über die Beschaffung von Bekleidung und Ausrüstung bis hin zu Forderungen zur Sanierung von Dienstgebäuden.

Komplettiert wurden die Reihen um den neuen Thüringer GdP-Chef Christ durch die Wahlen weiterer Landesvorstandsmitglieder: Als stellvertretende Landesvorsitzende bestätigten die Delegierten Marieta Lindner (Tarif), Wolfgang Gäbler und Edgar Große. Die Kassengeschäfte führen weiterhin Kerstin Henniger und Lutz Bernsdorf. Als Schriftführer arbeitet weiterhin Uwe Grunwald. Er wird unterstützt von Marko Grosa. Laut Satzung gehört die Vorsitzende der Landesfrauengruppe Katrin Dallmann dem Geschäftsführenden Landesvorstand Kraft Amtes an. **red**



**(v.l.n.r.) Kai Christ, Lutz Bernsdorf, Marieta Lindner, Uwe Grunwald, Kerstin Henniger, Wolfgang Gäbler, Katrin Dallmann, Torsten Burkhardt (Vorsitzender Junge Gruppe), Edgar Große und Marko Grosa.**

**Foto: Monika Pape**



# GdP Bundespolizei wählt Jörg Radek an die Spitze

**Mit überwältigender Mehrheit wurde der Uelzener Polizeihauptkommissar Jörg Radek zum neuen Vorsitzenden des GdP-Bezirks Bundespolizei gewählt. Der 54-Jährige, der seit 2010 das Amt des stellvertretenden GdP-Bundesvorsitzenden ausübt, erhielt 96 Prozent der Stimmen. Der neue Chef der GdP-Bundespolizei machte gleich deutlich, dass er den erfolgreichen Weg seines aus Altersgründen ausgeschiedenen Amtsvorgängers Josef Scheuring konsequent fortsetzen will.**

„Dieses Land und seine Bürger brauchen heute für ihre Sicherheit dringender denn je eine gut aufgestellte, professionelle Bundespolizei und eine starke Bundesfinanzpolizei“, forderte Radek. Das sei politisch nicht zum Nulltarif zu haben. Zwei Kernthemen seiner künftigen Arbeit stellte er in den Vordergrund: den Abbau der wissenschaftlich festgestellten dramatischen Überlastung der Bundespolizei und ein deutlich besserer Ausgleich zwischen Familie und Beruf. „Das hat für mich höchste Priorität“, so der Niedersachse.

Er wolle den Druck auf die Politik erhöhen, denn: die „Bundespolizei hat bekannt schwere personalstrukturelle und finanzielle Probleme, die jetzt von der Bundesregierung endlich angepackt werden müssen“. „Alle Diagnosen liegen auf dem Tisch und sind im Bundestag ausführlich debattiert, der Bundesinnenminister und der Bundesfinanzminister müssen nun zum Kurieren schreiten.“

Radek forderte eine verbesserte Bekämpfung der Grenzkriminalität. Auf der Grenzbevölkerung laste ein weiterer Kriminalitätsanstieg von fast zehn Prozent im vergangenen Jahr. „Da kann die Bundespolizei als deutsche Grenzpolizei nicht mit tröstenden Worten statt mit Personal und Streifenpräsenz kommen. Das ineffektive Stopfen von

Löchern mit Löchern muss ein Ende haben“, sagte er.

Als weitere Mitglieder wählten die Delegierten in den Geschäftsführenden Bezirksvorstand: Sven Hüber, Frank Buckenhofer, Karlfred Hofgesang, Rüdiger Maas (alle stellvertretende Vorsitzende), Klaus Borghorst (Kassierer), Martin Schilff (Schriftführer), Berthold Hauser, Erika Krause-Schöne und Arnd Krummen (Mitglieder).

Unter dem Motto „Klartext Reden – Zukunft gestalten“ hatten Ende März in Potsdam über 300 Delegierte aus



Foto: Michael Zielasko

allen Teilen der Bundespolizei über die Leitlinien der Gewerkschaftspolitik der kommenden vier Jahre beraten. **red**



(v.l.) Martin Schilff, Sven Hüber, Erika Krause-Schöne, Rüdiger Maas, Jörg Radek, Klaus Borghorst, Frank Buckenhofer, Berthold Hauser, Karlfred Hofgesang und Arnd Krummen. Foto: Martin Schmitt



# Jochen Kopelke ist neuer Bremer GdP-Chef

**Der 29-jährige Polizeikommissar Jochen Kopelke steht neu an der Spitze der GdP Bremen. Der Landesdelegiertentag wählte ihn Ende März mit 99,1 Prozent der Stimmen zum bundesweit jüngsten Landesvorsitzenden in der Geschichte der GdP. Der bisherige Chef Horst Göbel hatte auf eigenen Wunsch nicht wieder kandidiert. Göbel übergab seinem Nachfolger einen Kompass, verbunden mit dem Wunsch, die GdP nicht nur auf Sicht steuern zu müssen.**

„Die Delegierten haben mit ihrer eindeutigen Wahl die Grundlage für einen kreativen und selbstbewussten Vorstand gelegt“, so Kopelke, der sich für den überwältigenden Vertrauensvorschluss bedankte. Seit knapp zehn Jahren Polizist im Land Bremen führte er bisher erfolgreich die GdP-Jugendorganisation der Hansestadt an. Die GdP werde sich in den nächsten vier Jahren noch stärker für eine moderne bürgernahe Polizei in Bremen und Bremerhaven einsetzen, kündigte Kopelke an. „Dafür bedarf es neben vernünftigen Arbeitsbedingungen auch einer deutlich spürbaren Verbesserung bei der Arbeitszufriedenheit der Polizistinnen und Polizisten. Wir brauchen mehr Unterstützer für die innere Sicherheit im Bundesland Bremen, nur so können wir entschlossen gegen Kriminalität vorgehen.“

Bremens neuer GdP-Chef begann

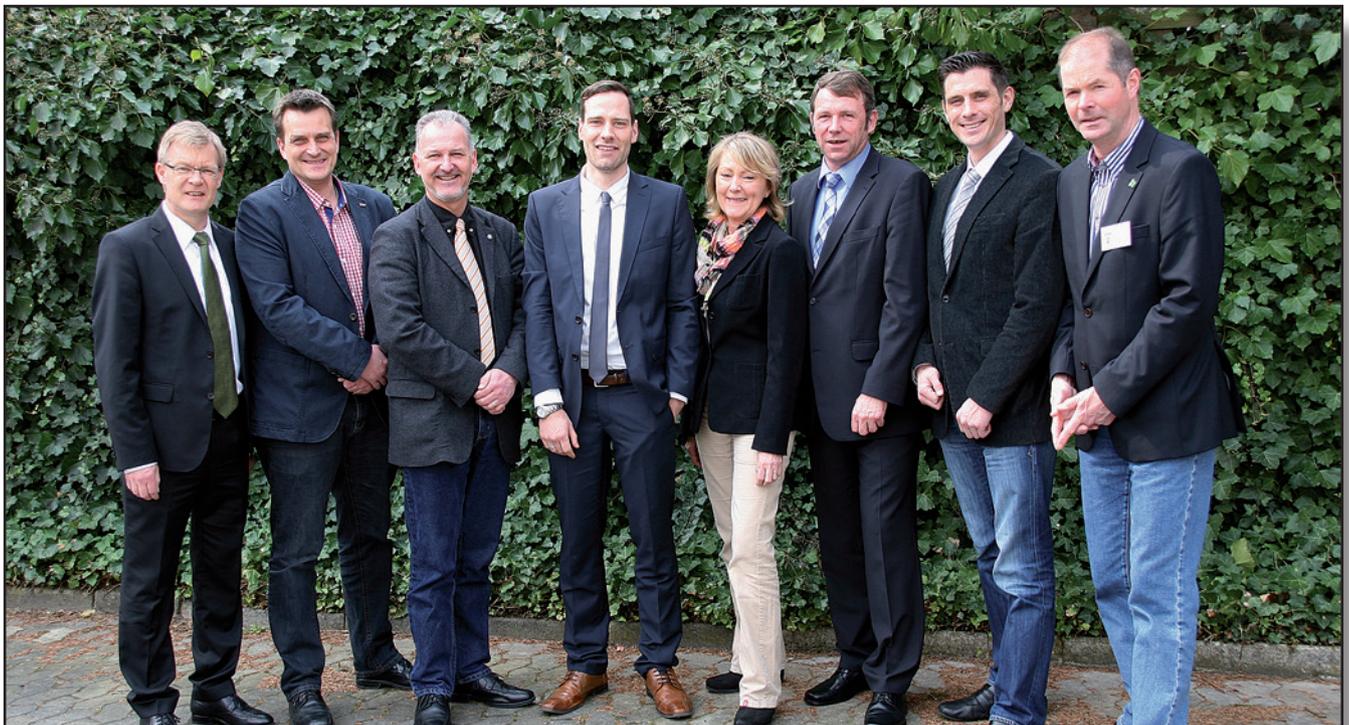


**Jüngster GdP-Landeschef: Jochen Kopelke.**  
Foto: Anne Wohlers

2005 mit seiner Polizei-Ausbildung. Von 2008 bis 2011 leistete er seinen Dienst in Bereitschaftspolizei Einsatzzug Mitte/West BP 231, später dann Einsatzdienst Süd Block 3. Von Beginn seiner Ausbildung an engagierte sich Kopelke in der GdP. 2011 agierte er in der Fachgruppe Schutzpolizei, bevor er 2013 zum Landesjugendvorsitzenden der JUNGEN GRUPPE (GdP) gewählt wurde.

Deutlich fiel auch die Wahl der weiteren Vorstandsmitglieder aus, darunter die der stellvertretenden Vorsitzenden Axel Kniefs (99,1 Prozent), Heinfried Keithahn (100 Prozent) und Dierk Stahl mit 80 Prozent.

Stehenden Applaus der über 100 Delegierten erhielt der scheidende Bremer Landesvorsitzende Horst Göbel im Beisein zahlreicher Gäste aus der Politik und Polizei der Stadt an der Weser sowie des GdP-Bundsvorsitzenden Oliver Malchow und weiterer Bundesvorstandsmitglieder. Nach zehn Jahren im Amt kehrt Göbel zurück in den Dienst der Polizei Bremen und wird einen Aufgabenbereich in der dortigen Pressestelle übernehmen. **red**



**Der neue Bremer GdP-Vorstand: (v.l.): Axel Kniefs, Niels Winter, Dierk Stahl, Jochen Kopelke, Martina Tietgens, Heinfried Keithahn, Jens Bley und Rolf Oehmke.**  
Foto: Wolfgang Ahlers



# „Es ist einfach, wie es ist, und da gibt es auch nichts schönzureden.“

**Polizisten sehen sich immer häufiger nicht nur körperlichen Gewaltattacken ausgesetzt, sondern auch Bedrohungen, Beleidigungen, Beschimpfungen. Auch andere Berufsgruppen, die eine staatliche oder gesellschaftliche Aufgabe wahrnehmen wie Feuerwehrleute, Zugbegleiter, Fahrkartenschaffner oder Mitarbeiter in Ämtern und öffentlichen Einrichtungen teilen dieses Schicksal in zunehmendem Maße. Sie alle berichten, dass ihnen mit immer weniger Respekt, oft mit Verachtung, nicht selten mit Aggressionen begegnet wird.**

Eine Flut von Leserbriefen löst die Bochumer GdP-Kollegin Tania Kambouri mit einer Zuschrift an die Redaktion dieser Zeitschrift aus. In der November-Ausgabe DEUTSCHE POLIZEI (DP) antwortet sie auf den Artikel „Islamische Friedensrichter – Paralleljustiz in Deutschland“ mit eigenen Erlebnissen aus dem täglichen Einsatz in der Ruhrgebietsstadt. Sie und ihre Kolleginnen und Kollegen, so schreibt sie, seien täglich mit straffälligen Migranten, darunter größtenteils Muslimen, konfrontiert, die „nicht den geringsten Respekt vor der Polizei haben“. Dabei fängt die Respektlosigkeit bereits im Kindesalter an. „Man wird täglich auf der Straße beleidigt, wenn man zum Beispiel Präsenz zeigt. Im Einsatz ist ein Gespräch in einem ruhigen Tonfall oft unmöglich. Insbesondere habe ich als weibliche Migrantin mit den meisten Migranten mehr Probleme als meine deutschen Kollegen. Die ausländischen Bürger sehen mich meistens als eine von ihnen und somit als Verräterin an.“

Sowohl der DP-Redaktion als auch der Kollegin war bewusst, dass diese Sätze eine schwierige, wenn auch notwendige Diskussion anstoßen würden. Auf einer Podiumsdiskussion im Rahmen des Delegiertentages des Landesbezirks Nordrhein-Westfalen der GdP Anfang April in Dortmund stellt WDR-Moderator Jürgen Zurheide der Kollegin dann auch die entscheidende Frage: „Jetzt gibt es eine Diskussion, in der gesagt wird: So klar, wie Sie das aussprechen, darf man das in Deutschland nicht aussprechen. Es gibt auch andere, die zulangen.“

Tania Kambouri: „Man darf nichts pauschalisieren, aber es sind Fakten, es sind Erfahrungswerte, die meine Kollegen und ich machen, und wir sehen einfach, dass wir diese Probleme mit

gewissen Bevölkerungsgruppen haben. Es ist einfach, wie es ist, und da gibt es nichts schönzureden.“

„Du hast hier sowieso nichts zu melden“

Der Einsatz auf der Straße mache ihr, die seit elf Jahren in der Polizei Dienst tut, nach wie vor Spaß. Allerdings merkten sie und ihr Streifenkollege, dass „in der letzten Zeit die Gewalt gegen uns, die Respektlosigkeit, die Machtlosigkeit, die wir auf der Straße haben, extrem angestiegen ist. Und da müssen wir was gegen tun. ... Ich werde auch als Frau oft nicht respektiert, insbesondere von muslimischen

Aber, so sagt die Bochumerin: „Ich habe mich auch gefreut. Es ist im Prinzip alles positiv gelaufen, und ich habe es keine Minute lang bereut.“

### Keine persönliche Vermarktung

Damit das so bleibt, soll es vorerst mit dem öffentlichen Auftritt auf dem GdP-Delegiertentag, auf der sich die Kollegin im Beisein des nordrhein-westfälischen Innenministers Ralf Jäger, des Düsseldorfer (zuvor Dortmunder) Polizeipräsidenten Norbert Wesseler und des GdP-Landesvorsitzenden und stellvertretenden GdP-Bundesvorsitzenden Arnold Plickert der Diskussion stellt, sein Bewenden haben. Einladungen zu Fernsehauftritten und Gesprächsrunden lehnt sie ab. Sie will sich weder vermarkten noch von politische Richtungen vereinnahmen lassen.

### „Schutzlos ausgeliefert“

Die vielen Leserbriefe, zustimmende wie kontroverse, zeigen, dass sich eine verantwortungsvolle Diskussion über

„Mangelnder Respekt in der Mitte der Gesellschaft führt zur Gewalt am Rand der Gesellschaft“

Ralf Jäger, Innenminister von Nordrhein-Westfalen und Vorsitzender der Innenministerkonferenz (IMK)

Mitbürgern, da wird oft gesagt: Du bist eine Frau, Du hast hier sowieso nichts zu melden, geh bitte weg. Oder ich werde komplett ignoriert. Das darf in so einer modernen Gesellschaft nicht sein. Wir sind gleichberechtigt.“

Mit dem Ausmaß der Reaktionen auf ihren Leserbrief habe sie überhaupt nicht gerechnet. Längst sind ihre kritischen Äußerungen von Fernsehsendern, Radiostationen und Zeitungsredaktionen aufgegriffen worden und haben zu einer breiten Diskussion in der Öffentlichkeit geführt.

den Mangel an Akzeptanz gegenüber Amtsträgern und den Respekt vor ihrer Aufgabe führen lässt und notwendig ist.

So schreibt Rosemarie Arndt-Simmerling in einem handschriftlichen Brief an die DP-Redaktion: „Ich habe als Lehrerin an Hauptschulen und als freiberufliche Mitarbeiterin für das Jugendamt, Familienberatungsstellen, als Lerntherapeutin sowie Sprachkursleiterin für Deutsch als Fremdsprache mehr als genug leiden müssen unter Beleidigungen, angebrüllt werden und so weiter. Immer waren es Menschen aus dem



# KOMMENTARE ZUM POLIZEIRECHT



## Polizeigesetz des Landes Nordrhein-Westfalen

Kommentar

Von **Lambert Josef Tetsch** und **Marcello Baldarelli**.

1. Auflage 2011 / **Umfang:** 1040 Seiten

**Format:** DIN A 5, Hardcoverausgabe mit Fadenheftung

**Preis:** 59,90 € [D] / **ISBN** 978-3-8011-0654-6

Der Praxis- und Studienkommentar gibt ausführlich Auskunft zur polizeilichen Arbeit in der Gefahrenabwehr. Neben den Erläuterungen und der Auslegung der einzelnen Normen des nordrhein-westfälischen Polizeigesetzes werden spezielle Fragen der polizeilichen Präventionsarbeit thematisiert und mit Lösungen versehen. Die Gesetzesänderungen in den Jahren 2012 und 2013, insbesondere die Einführung der §§ 20a, 20b Polizeigesetz im Juni 2013, die für die polizeiliche Praxis eine gesteigerte Relevanz einnehmen, finden in einer das Buch aktualisierenden Beilage Berücksichtigung.



### DIE AUTOREN

*Lambert Josef Tetsch, Polizeidirektor a.D.;*

*Marcello Baldarelli, Erster Polizeihauptkommissar.*

## Polizei- und Ordnungsbehördengesetz Rheinland-Pfalz

Kommentar

Von **Dietrich G. Rühle** und **Hans Jürgen Suhr**.

5. Auflage 2012 / **Umfang:** 592 Seiten

**Format:** DIN A 5, Hardcoverausgabe mit Fadenheftung

**Preis:** 59,90 € [D] / **ISBN** 978-3-8011-0660-7

Seit der grundlegenden Änderung des Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes (POG) Rheinland-Pfalz im Jahr 2004 unterliegt dieses Gesetz dennoch ständigen Veränderungen. Die meistdiskutierten Bestimmungen betreffen jetzt die neu eingefügte Untersuchung, den Gewahrsam und insbesondere die bereichsspezifischen Datenschutzbestimmungen (§§ 26 bis 42 POG). Der vorliegende Kommentar erläutert einzelne Vorschriften des POG. Die Autoren gehen darüber hinaus auf die genannten Problembereiche ein und vermitteln sowohl dem Praktiker als auch dem Lernenden die Grundzüge und die Besonderheiten des POG.



### DIE AUTOREN

*Dietrich G. Rühle, Regierungsdirektor, Jurist;*

*Hans Jürgen Suhr, Polizeidirektor a.D.*



**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH**  
**Buchvertrieb**

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270  
vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de · www.VDPolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeiten unter: [www.VDPolizei.de](http://www.VDPolizei.de)

arabischen Raum, besonders häufig waren es Kurden.“ Weiter schreibt die Mutter eines Polizeibeamten: „Freiberufliche Mitarbeiter der VHS, DAA, Esta usw. sind dem schutzlos ausgeliefert, weil die Träger häufig nur die Teilnehmerlisten, also das Geld, das jemand bringt, interessiert. Eine Kollegin, die von einem Kurden angebrüllt wurde, wurde von der Leitung belehrt, das sei eben eine andere Kultur, da müsse sie sich drauf einstellen.“

Dirin Kalan von der Polizeiinspektion (PI) Mainz ist mit dem Schluss, dass „straffälligen Ausländern in Deutsch-

anwende, sich die Presse auf den Fall stürze und eine Debatte über „Polizeigewalt“ anfeuere, „... wobei manch ein Politiker dann noch gerne Öl ins Feuer gießt.“ Ihr Plädoyer: „Wir müssen mehr Staat wagen. Unsere Demokratie ist gefestigt genug. Um die Ecke lauert nicht der nächste Diktator, der jegliche Grundrechte außer Kraft setzt“.

Der Leserbriefschreiber D. Ganser setzt sich mit dem Vorwurf der Fremdenfeindlichkeit auseinander: „Mir tun die Beamten leid, weil sie beleidigt, bespuckt, geschlagen oder getreten werden. Dessen ungeachtet sind diese

wage, diese Misstände zu äußern. Genau das ist der Grund, weswegen so viele Polizisten dankbar dafür sind, dass sich eine Kollegin mit Migrationshintergrund zum Problem äußerte, denn bei ihr wird es schwierig, die übliche rechte Gesinnung zu unterstellen! Selbstverständlich gibt es auch deutsche Straftäter, aber keine Bevölkerungsgruppe benimmt sich so auffällig häufig und penetrant daneben wie die Migranten mit den türkisch/arabischen Wurzeln. Die Auszählung der in meiner Direktion als Intensiv- und Schwellentäter geführten Personen ergibt folgendes



**Kernthemen einer spannenden Podiumsdiskussion** waren die Folgen der NRW-Studie über Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten und der viel beachtete Leserbrief der Bochumer Kollegin Tania Kambouri (r.). Mit dabei waren (v. r.) der Kieler Psychologe Prof. Dr. Thomas Bliesener, Moderator Jürgen Zurheide, der Düsseldorfer Polizeipräsident Norbert Wesseler, NRW-Innenminister Ralf Jäger und GdP-NRW-Chef Arnold Plickert. Foto: Jürgen Seidel/GdP NRW

land alle Freiheiten gelassen werden“ nicht einverstanden. Sie schreibt: „Es wird davon ausgegangen, dass Ausländer/Migranten eine Sonderstellung genießen und dies ist falsch. ... Wir reden hier im strafrechtlichen Sinne von Beleidigungen und Körperverletzungsdelikten. Im Bereich der Kleinkriminalität werden in Deutschland Straftätern grundsätzlich große Freiheiten gewährt. Und zwar unabhängig von ihrer Nationalität. Insbesondere, wenn man ein sehr geringes oder gar kein Einkommen hat, kann man sich in den genannten Deliktsbereichen vieles erlauben.“ Sie kritisiert zudem, dass, sobald die Polizei körperlichen Zwang

unbequemen Wahrheiten politisch inkorrekt und werden von Gutmenschen als ‚populistische Argumente‘, ‚Stammischparolen‘ und ‚rechtsradikales Gedankengut‘ disqualifiziert. Jeder hat nach Artikel 5 Grundgesetz (GG) das Recht, seine Meinung frei zu äußern. Das sollte auch für Polizistinnen und Polizisten gelten, ohne ihnen braunen Geruch, unsachliche Bemerkungen und ein Mitleid erregendes Weltbild zu unterstellen.“

M. Heiland schreibt: „Die einzig stattfindende Diskussion, die eintritt, wenn jemand dieses Thema in der Öffentlichkeit benennt, ist die, wie überaus rechtsradikal derjenige ist, der sich

Bild: Von den etwa 150 Erfassten führen 90 Namen wie Ali Mohamed, Yücel Yilmaz oder Hasan Müller. Somit haben hier fast zwei Drittel der übermäßig straffällig werdenden Personen einen türkisch/arabischen Migrationshintergrund. Anzumerken ist noch, dass der Ausländer-/Migrantenanteil meiner Direktion wesentlich geringer ausfällt als der in den zwei kriminell besonders belasteten Direktionen Berlins.“

Evelyn Jungmann: „Meine Hochachtung gilt allen Polizistinnen und Polizisten, die trotz dieser schwierigen Situation, wie sie mittlerweile sogar bis in die kleinsten Dörfer hinein herrscht, weiterhin ihren Dienst tun und sich



## GEWALT GEGEN POLIZEI

für dieses Land in gefährlichen Situationen bewegen, um den Schutz der Bürger einigermaßen zu gewährleisten – soweit es in ihren (personalmäßig immer weniger werdenden) Kräften steht und soweit es unsere fehlgeleitete Politik zulässt. Die Zustände in unserem Land haben sich in eine sehr negative Richtung entwickelt, die es gilt zu korrigieren. So werden Werte, die wir hier uns hart erkämpft und erarbeitet haben, mit Füßen getreten von Menschen, die in unser Land kommen, weil sie es in ihrem eigenen Land nicht mehr aushalten oder dort gar unerwünscht sind. Jedes Land der Welt ist geöffnet für Menschen, die dort leben möchten. Aber in jedem Land der Welt muss man sich den dortigen Regeln und Gesetzen anpassen – das sollte ebenso selbstverständlich für Deutschland gelten.“

### Bahn-Mitarbeiter zunehmend attackiert

Gewalt gegen Polizeibeamte, Respektlosigkeit und die Missachtung der Gesetze und Regeln einer Gesellschaft,

in der alle, unabhängig von ihrer Herkunft, in Frieden leben wollen, ist nicht auf Migranten begrenzt und quer durch alle sozialen Schichten vertreten. Sie richtet sich nicht nur gegen Polizistinnen und Polizisten, sondern auch gegen Feuerwehrleute oder Rettungssanitäter. Sicherheitsleute und Zugbegleiter der Deutschen Bahn werden nach einer internen Übersicht häufiger körperlich attackiert. Im vergangenen Jahr zählte das Unternehmen 1.200 Fälle von Körperverletzung gegen Bahnangestellte, 20 Prozent oder 200 mehr als 2012, wie ein Sprecher der Deutschen Bahn Anfang April mitteilte und damit einen Bericht der „Süddeutschen Zeitung“ bestätigte. Am härtesten trifft es jedoch die Polizei. Sie kann gefährlichen Orten oder Gefahrensituationen nicht ausweichen, sondern muss sich ihnen im Auftrag aller Bürgerinnen und Bürger stellen, um Recht und Gesetz durchzusetzen.

### Kein Bagatelldelikt

„Immer häufiger reicht schon das

bloße Erscheinen aus, dass meine Kolleginnen und Kollegen angegriffen werden. Das ist eine neue Qualität der Gewalt, auf die der Gesetzgeber reagieren muss“, resümiert der Vorsitzende des GdP-Landesbezirks Nordrhein-Westfalen, Arnold Plickert, auf dem Landesdelegiertentag in Dortmund.

Im vergangenen Jahr hat es in Nordrhein-Westfalen 7.072 Übergriffe auf Polizisten gegeben, und damit noch einmal fast 500 mehr als im Jahr zuvor. Das geht aus einer Studie hervor, die der GdP-Landesbezirk in Auftrag gegeben hat. Auch die Zahl der Polizisten, die während des Dienstes verbal attackiert, beleidigt, bespuckt, getreten oder geschlagen worden sind, ist 2013 erneut gestiegen, von 10.831 auf 11.780. Mehr als 1.800 Polizistinnen und Polizisten wurden dabei verletzt, sechs von ihnen sogar schwer. Plickert weiter: „Der Großteil der Angriffe findet bei Routineeinsätzen wie Festnahmen, Personen- und Verkehrskontrollen, Einsätzen wegen Ruhestörung und bei Demonstrationen und Fußballspielen statt“.

## Reise & Erholung



**Sommer Abenteuer bei uns**  
**TOP ANGEBOT**  
 Canyoning & Raftingtour  
 1x grillen am Lagerfeuer und  
 2 ÜF / Pension, DU-WC  
 Preis pro Person ab € 161  
 Ermäßigungen f. Polizeigruppen

office@rafting-oetztal.at  
 www.rafting-oetztal.at  
 Telefon: 0043 5252 6721

Franken b. Bamberg, eig. Metzgerei.  
 Menüwahl, Wald u. Berge, Lift, 75 Betten, DU/  
 WC/TV, HP 5 Tage ab 155,- €. Tel. 0 95 35/  
 2 41, zur-sonne-urlaub.de/Prospekt anford.

**Büsum/Nordsee**  
 Strandn. FeWo, 2 Pers., ruhige Südlage, Balkon,  
 3 Min. zum Einkaufen, 2012 umfangr. saniert,  
 2 Fahrräder gratis. Tel. 04877/960000

**Ranchurlaub in Westpommern/Polen**  
 Pferde – Rinder – Reiten – Angeln – Baden –  
 Holzhacken – Lagerfeuer – Jagen – Radfahren – Relaxen  
 – Wandern – Workout. Kinder bis 8 Jahre frei und  
 Kollegenrabatt. Info/Buchung:  
 betty-schubert@gmx.de / homepage: www.dylka.de



**Sommerpauschale**  
 „All in One“  
 gültig vom 19. 6. bis 30. 9. 2014

**Hotel Post \*\*\***  
 Fam. Handle  
 A - 6553 SEE  
 Tel. +43-5441-8219  
 Fax +43-5441-8219-4  
 www.postsee.at  
 info@postsee.at

**1 Woche Halbpension + Silvrettagcard ab 315 €**  
 Alle Bergbahnen im ganzen Paznaun/Silvretta  
 gratis, Frei- & Hallenbäder gratis, Gletschersafari,  
 Schmugglertour, gef. Wanderungen, Wellness mit  
 Gartensauna und neue AlpinStyle-Zimmer, gratis  
 WLAN und Mountainbikeverleih. Super Pro-  
 gramm f. Kinder u. Jugendl., Kinderermäßigungen  
**Neu: Badesee und Freizeitanlage**



**Top Angebot**

**Action, Abenteuer - prickelnd anders**

**1x Rafting & Canyoning**  
**1x Grillplatte & Foto CD**  
**2x ÜF / Pension DU-WC**  
**pro Person nur € 149,00**

**cankick**  
 www.cankick.at  
 info@cankick.at  
 Tel +43(0)5252 / 20038

**Bayerischer Wald, komf. FeWo\*\*\*\* v. Kollegen**  
 ab 2 Pers., ab 30 €/Tag, 9348 5 Rimbach, Tel./Fax:  
 0 99 41/7118, www.ferienwohnung-gammer.de

**THAILAND www.royalsiamgolf.de**  
 (Ermäßigungen für Polizei u. a.)

**MAURITIUS, LUXUSANLAGE VON PRIVAT**  
 Ab € 76,- p. P. / Tag / HP, 0 21 58-40 08 05  
 www.mauritius-traumvilla.de

**Fehmarn/Ostsee**  
 2-Raum-FeWo. für 4 Pers.,  
 am Südstrand,  
 50 m z. Promenade, Kabel-TV  
 Preise gem. Saison  
**Telefon: 040/6784581**  
**www.fehmarn4family.de**

**Nordfriesland (dän. Grenze), Nähe Sylt, 3\*-**  
 NR-FeWo., 2-4 Pers., ab 37,- €, 0 46 63/71 96,  
**www.nordfriesland-fewo.de**

**Zittauer Gebirge – Kurort Jonsdorf**  
**Ferienchalet Heidehof**  
 Zolkollege bietet komf. Fewos für 2–6 Pers.  
 in schöner Jugendstilvilla. Fahrradverleih,  
 Dreiländereck, D/PL/CZ, Fam. Zein,  
 Tel.: 03 58 44/7 27 23.  
**www.heidehof-jonsdorf.de**

**Nordseebad St. Peter-Ording**  
 Mod. Komfort-FeWo in ruhiger, zentr. Lage.  
 Alle Wohn. verf. über 2 Schlafz., 1 Wohnz., Küche,  
 DU/WC, Balkon oder Terr. Keine Haustiere.  
 Internet: www.anitacarstens.de · Tel. 04863/2497



Nach Beobachtungen der GdP gibt es nach wie vor viele Gerichte, die Angriffe auf Polizisten als Bagatelldelikt abtun, das zum Berufsrisiko dazu gehören würde. Die GdP fordert deshalb, dass der Straftatbestand „Angriff auf einen Polizisten“ verschärft wird. GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow: „Wir brauchen ein klares Signal, dass diejenigen, die den Staat schützen, auch selber geschützt werden, wenn sie angegriffen werden.“

Die von der CDU-Fraktion in den Landtag eingebrachte Initiative zur Neufassung des Paragraphen 113 Strafgesetzbuch (StGB) weist nach Meinung der GdP grundsätzlich in die richtige Richtung, weil er die Einführung einer Mindeststrafe vorsieht. Darüber hinaus hält es die GdP für erforderlich, dass Angriffe auf Polizisten in einem eigenen Strafrechtsparagrafen geregelt werden. Dadurch könnte sichergestellt werden, dass Angriffe auf Polizisten auch dann nicht als Bagatelldelikt abgetan werden, wenn sich der Angriff nicht bei einer Vollstreckungshandlung ereignet hat, sondern aus heiterem Himmel ohne konkreten Anlass. „Alle 50 Minuten wird in NRW ein Polizist Opfer eines Angriffs. Deshalb muss der Gesetzgeber endlich handeln“, fordert Plickert. Das mag mit ein Grund sein, warum nur 57 Prozent der Polizistinnen und Polizisten, die einen tätlichen Angriff erlebt hatten, anschließend keinen Strafantrag stellen, wie die NRW-Studie ergab. Jeder zweite Polizist, der darauf verzichtet hat, ist davon ausgegangen, dass das Verfahren sowieso eingestellt worden wäre. Das gilt selbst für schwere Straftaten wie gefährliche Körperverletzung. Plickert. „Das Ver-

**„Möglicherweise ist die Toleranz in der Gesellschaft gegenüber Gewalt noch zu groß, reagieren auch die Institutionen zu zaghaft und langsam. Auf Gewalt muss sofort eine adäquate Reaktion folgen, damit die Täter einordnen können, welche Folgen ihr Handeln hat.“**

**Prof. Bernd Ahrbeck,  
Aggressionsforscher an der  
Humboldt-Universität Berlin**

trauen der Kolleginnen und Kollegen in die Unterstützung durch den eigenen Dienstherrn, Staatsanwaltschaft und Justiz ist auf einem Tiefpunkt. Hier muss sich etwas tun. Polizisten, die andere schützen sollen, müssen sich auch selbst darauf verlassen können, dass der Staat sie schützt. Deshalb bleibt es für die GdP dabei: Wir brauchen einen Paragraphen 115 im StGB.“

### „Völlig neue Erkenntnis für mich“

Betroffen von den Ergebnissen der Gewaltstudie und den Berichten aus dem polizeilichen Alltag zeigte sich der nordrhein-westfälische Innenminister. Jäger: „Wir haben ein wirklich objektives Bild davon bekommen, wie unsere Beamtinnen und Beamten Ge-

walt erfahren, wie sie sie wahrnehmen. Eine völlig neue Erkenntnis für mich war, dass die zweifelsohne vorhandene Respektlosigkeit, wie mangelnde Wertschätzung, das Anpöbeln, das Anspucken, das Bedrängen im Dienst in seiner Masse inzwischen von vielen Beamtinnen und Beamten als Gewalt empfunden wird. Das darf man nicht einfach wegwischen.“ Der Innenminister forderte in der Mitte der Gesellschaft ein „klares Bekenntnis für diese Polizei.“ Jäger: „Es kann nicht sein, dass der Bildungsbürger anfängt, über Abzocke zu reden, wenn es um Geschwindigkeitsmessung geht. Das ist die Steilvorlage für diese Gewalttäter.“

Für die Bochumer Kollegin sind ihre Vorgesetzten vom Dienstgruppenleiter bis zum Behördenleiter nicht das Problem: „Von der Seite läuft alles ganz gut. Nur man merkt allgemein: Von der Politik und der Justiz haben wir nicht so einen großen Rückhalt und da muss etwas passieren. Weil, wenn wir Einsatzsituationen haben, können wir unsere Maßnahmen nicht so durchsetzen, wie wir sie durchsetzen sollten, da die Situation sehr schnell eskalieren kann und wenn das passiert heißt es immer „die Polizei hat nicht verhältnismäßig gehandelt“. Auf die Frage von WDR-Moderator Jürgen Zurheide, was sie sich für die Zukunft wünsche, antwortet sie: „Ich wünsche mir für die Zukunft, dass die Angriffe auf uns weniger werden, dass wir wieder mehr Respekt auf der Straße erfahren, dass wir Rückhalt durch die Politik und die Justiz erhalten. Und natürlich brauchen wir mehr Polizeibeamte.“

**Rüdiger Holecek**

Anzeige



Habichtswald-Klinik • Wigandstr. 1 • 34131 Kassel • [www.habichtswaldklinik.de](http://www.habichtswaldklinik.de) • [info@habichtswaldklinik.de](mailto:info@habichtswaldklinik.de)

... wieder Atem schöpfen



### Habichtswald-Klinik

Fachklinik für Psychosomatik, Onkologie und Innere Medizin  
Kassel - Bad Wilhelmshöhe.  
In Mitten Deutschlands am Fuße des größten Bergparks Europas mit Herkules und Schloss Wilhelmshöhe sowie in direkter Nachbarschaft zu einer der schönsten Thermen liegt die Habichtswald-Klinik.

In ihrem Selbstverständnis als Klinik für Ganzheitsmedizin arbeitet die Habichtswald-Klinik auf der Ebene einer integrativen Betrachtung von Körper, Seele und Geist in einer Synthese aus Schulmedizin, Naturheilverfahren und komplementärer Therapien. Die Klinik hat einen Versorgungsvertrag nach § 111 und ist nach § 30 GWO als beihilfefähig anerkannt.

Bei den Gesetzlichen Krankenkassen ist die Habichtswald-Klinik als Rehabilitationsklinik anerkannt, bei den privaten Krankenversicherungen als „Gemischte Einrichtung“ die auch Akutbehandlungen gemäß OPS 301 durchführt. Die Beihilfestellen rechnen mit der Klinik den allgemeinen niedrigsten mit den Sozialversicherungsträgern vereinbarten pauschalen Pflegesatz ab.

Spezielle Behandlungskonzepte zu

- Burn-out Symptomatik
- Tinnitus, Schwindel und Lärmschäden
- depressiver Erschöpfung
- Angstsymptomatik
- Traumatherapie
- Missbrauch von Suchtmitteln
- onkologischen und internistischen Erkrankungen

Kostenloses Service-Telefon: 0800 890 110 Telefon Aufnahmebüro: 0561 3108-186, -622



# GdP-Chef beim BND-Präsidenten Gerhard Schindler

Malchow: „Debatte über Arbeit von Polizei und Nachrichtendiensten läuft in völlig falsche Richtung“

**Zu einem ersten Arbeitsgespräch trafen sich der Präsident des Bundesnachrichtendienstes (BND), Gerhard Schindler, und der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Oliver Malchow, im Berliner Sitz des BND. Sie erörterten insbesondere die Debatte der deutschen Öffentlichkeit über die Arbeit der Sicherheitsbehörden.**

Beide Spitzenvertreter waren sich darin einig, dass es mehr politischer Rückendeckung für die Arbeit der verschiedenen Behörden bedarf, die die Sicherheit der Bundesbürger und der deutschen Unternehmen im In- und Ausland gewährleisten.

Die Debatte über die Arbeit von Polizei und Nachrichtendiensten laufe in eine völlig falsche Richtung, betonte Malchow nach dem Treffen. Es gehe im Augenblick in der aktuellen Debatte eher um Misstrauen den Behörden gegenüber als um die Gewährleistung eines sicheren Lebens in Deutschland unter Beachtung rechtsstaatlicher Aspekte.

„Wenn Sicherheitsbehörden zudem Befugnisse, Personal oder Technik anmahnen, dann werden diese Forderungen unter Hinweis auf den angeblichen Überwachungsstaat knallhart abgelehnt. Diese parteipolitische Einflussnahme auf die Arbeit der Sicherheitsbehörden muss ein Ende haben“, forderte der GdP-Bundesvorsitzende. Zugleich kritisierte er, dass einige Politiker Forderungen aufstellen, die nicht der Rechtslage entsprechen.

Sascha Braun



**BND-Präsident Gerhard Schindler und GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow.**  
Foto: Sascha Braun

## Kapitalmarkt

Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.  
**0800 - 1000 500**  
Free Call  
Wer vergleicht, kommt zu uns, seit über 35 Jahren.

**Beamtendarlehen erneute Zinssenkung Mai 2013**  
**4,50%** effektiver Jahreszins\*  
Laufzeit 7 Jahre

- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Beamtendarlehen ab 10.000 € - 125.000 €
- Baufinanzierungen günstig bis 120%

**AK FINANZ**  
Kapitalvermittlungs-GmbH  
E3, 11 Pflaumen  
68159 Mannheim  
Fax: (0621) 178180-25  
Info@AK-Finanz.de  
[www.AK-Finanz.de](http://www.AK-Finanz.de)

**\*Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D.**  
Außerst günstige Darlehen z.B. 40.000 € Sollzins (fest gebunden) 4,4%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 555 € effektiver Jahreszins 4,50%, Bruttobetrag 46.620 € Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens- Renten- oder Restschuldsicherung.

**Hypotheken, Beamten- u. Angestelltendarlehen Forwarddarlehen, Ratenkredite**  
Lösen Sie teure Kredite ab und senken Sie die monatlichen Kosten.  
Individuelle Beratung und beste Konditionen vermittelt:  
**IFS Hans-Joachim Janke**  
Königswall 1 • 44137 Dortmund  
[www.ifs-janke.de](http://www.ifs-janke.de) • Tel. 02 31/9 14 51 45

**!SOFORTKREDITE!**  
vermittelt  
**PECUNIA GmbH seit 1980**  
Tel. **02 01/22 13 48**  
Ablösung teurer Kredite u. Girokonten Kredite bis zum 80. Lebensjahr  
Ohne Auskunft bis 10.000 €.  
45127 Essen • Gänsemarkt 21  
[www.pecunia-essen.de](http://www.pecunia-essen.de)

**Caritas international**  
[www.caritas-international.de](http://www.caritas-international.de)  
Spendenkonto 202 753  
Postbank Karlsruhe, BLZ 650 100 75

**Diakonie Katastrophenhilfe**  
[www.diakonie-katastrophenhilfe.de](http://www.diakonie-katastrophenhilfe.de)  
Spendenkonto 502 707  
Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70

**Diakonie Katastrophenhilfe**  
[www.diakonie-katastrophenhilfe.de](http://www.diakonie-katastrophenhilfe.de)  
Spendenkonto 502 707  
Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70

**Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!**  
[www.1a-Beamtendarlehen.de](http://www.1a-Beamtendarlehen.de)  
Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD

**0800-040 40 41**  
Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren  
Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung  
Andreas Wendholz  
Prälat-Höing-Str. 19 • 46325 Borken-Weselo



## Meinungsaustausch mit Bundesinnenminister

Erster ausführlicher Meinungsaustausch zwischen dem GdP-Bundesvorsitzenden Oliver Malchow und Bundesinnenminister Thomas de Maizière Anfang April im Amtssitz des Ministers in Berlin-Moabit: In vertrauensvoller Atmosphäre erörterten beide den Stellenwert der inneren Sicherheit in den deutschen Parlamenten. Malchow schilderte de Maizière seinen Eindruck, dass die Parlamente sich zu selten um die Rahmenbedingungen der Gewährleistung der inneren Sicherheit kümmerten, aber immer größeren Wert auf eine stärkere Kontrolle der Polizei legten. Der Minister erkundigte sich nach der aktuellen Lage und der Organisation der GdP.

Weitere Themen des Gesprächs waren die Sicherheitslage, die Entwicklung der Organisierten Kriminalität, die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs zur sogenannten Vorratsdatenspeicherung, das Tatmittel Internet, den von der GdP seit langem geforderten Paragraphen 115 Strafgesetzbuch (StGB) und die Belastungssituation der Polizei. Beide Seiten vereinbarten, den Gesprächsfaden nicht abreißen zu lassen.

**mzo**

*GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow und Bundesinnenminister Thomas de Maizière.*

*Foto: BMI/René Bertrand*



## Verfassungsschutz unverzichtbarer Baustein deutscher Sicherheitsarchitektur



*GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow und Dr. Hans-Georg Maaßen, Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz.*

*Foto: BfV*

In den Berliner Räumlichkeiten des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) am Treptower Park kamen Ende März der Präsident des Bundesamtes, Dr. Hans-Georg

Maaßen, und der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Oliver Malchow, zusammen. Kurz nach seinem Amtsantritt im August 2012 hatte die GdP den Verfassungsschutzpräsidenten bereits zu einem ersten Besuch in der Bundesgeschäftsstelle der GdP empfangen.

Malchow und Maaßen waren sich in der Bewertung einig, dass die Arbeit des Inlandsnachrichtendienstes ein wichtiger und unverzichtbarer Baustein der Sicherheitsarchitektur in Deutschland sei. Dabei benötige das Bundesamt für Verfassungsschutz einen ebenso großen Rückhalt in der Politik wie dies auch die Polizeibehörden in Bund und Ländern brauchten. Dies gelte umso mehr, als beide Gesprächspartner den erhöhten Druck der Öffentlichkeit beim Thema innere Sicherheit wahrnehmen. Nach Auffassung des GdP-Chefs gibt jedoch die Politik den Rahmen für die Handlungsweisen der Sicherheitsbehörden vor. Das Bundesamt für Verfassungsschutz würde nur dort Informationen sammeln und auswerten, wo dies zuvor von der politischen Führung auch genehmigt sei.

Dass oberstes Prinzip der Sicherheitsbehörden rechtstaatliches Handeln sei, würde angesichts des teilweise in der Politik geäußerten Misstrauens gegenüber Polizei und Verfassungsschutz in den Hintergrund gedrängt. Die Gewährleistung der inneren Sicherheit sei indes eine Kernaufgabe des Staates, die nur gemeinsam bewältigt werden könne. Die dafür notwendigen Ressourcen müssten von der Politik auch in deutlich verstärktem Maß zur Verfügung gestellt werden.

**Sascha Braun**



Nur für GdP-Mitglieder:

# ADVOCARD-Verkehrs- Rechtsschutz- versicherung



ADVOCARD  
ANWALTS LIEBLING

Zur Absicherung u.a. als

- Kfz-Halter/-Eigentümer sowie als Fußgänger und Radfahrer
- Fahrer fremder Kfz oder als Fahrgast in öffentlichen und privaten Verkehrsmitteln

Wahlweise als **Single Tarif** (mitversichert sind auch Ihre Kinder. Volljährige Kinder, wenn sie weder berufstätig, verheiratet oder in einer Lebenspartnerschaft leben) oder als **Familien/Partner Tarif**.

**Schnell, unbürokratisch und flexibel – auf den ADVOCARD Rechtsschutz können Sie sich verlassen.**

- Keine Selbstbeteiligung im Schadenfall • Keine Wartezeit • Notruf-Hotline aus dem Ausland und Übernahme der Dolmetscherkosten

Rufen Sie uns an, wir beantworten gerne Ihre Fragen: **OSG der Gewerkschaft der Polizei: (0211) 710 42 02**

Bitte senden an: OSG der Gewerkschaft der Polizei mbH, Abt. Versicherungen, Forststraße 3a, 40721 Hilden, per Fax: 0211 / 710 42 72, per E-Mail: Diana.Luehr@GdP.de

Name, Vorname	<input type="text"/>		
Straße, Haus-Nr.	<input type="text"/>		
PLZ	<input type="text"/>	Wohnort	<input type="text"/>
Geburtsdatum (TT.MM.JJJJ)	<input type="text"/>	GdP-Mitgliedsnummer	<input type="text"/>
Name, Vorname des mitversicherten Lebenspartners	<input type="text"/>	E-Mail	<input type="text"/>

Ich wünsche ab   
(frühestens einen Tag nach Eingang bei der OSG)

**den Verkehrs-Rechtsschutz mit Fußgänger Rechtsschutz**  
verwaltet durch die OSG der Gewerkschaft der Polizei mbH

**Versicherungssumme:** 1.000.000 € je Rechtsschutzfall und zusätzlich bis zu 200.000 € als Darlehen für Strafkautionen.

Single Tarif jährlich **61,90 €\***  
(§18 Abs. 2 u. 3 ARB 2014)

Familien/Partner Tarif jährlich **82,20 €\***  
(§18 Abs. 1 u. 2 ARB 2014)

Vorversicherung  nein  ja, bei

(bitte immer angeben) gekündigt vom  Versicherungsnehmer  Versicherer

Datum (TT.MM.JJJJ)

Unterschrift

## SEPA-Lastschriftmandat

Ich ermächtige ich die OSG der Gewerkschaft der Polizei-Gläubiger-Identifikationsnummer: DE 22 ZZZ 000000 67861 – widerruflich, Beiträge von meinem Konto einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die dieses Konto betreffenden Lastschriften der OSG einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Die Mandatsreferenz teilt die OSG vor der ersten Abbuchung mit.

IBAN

BIC

Kreditinstitut

Datum, Unterschrift des Kontoinhabers

Bitte senden Sie mir ein Angebot zum Privat- und Wohnungsrechtsschutz.

\* **Beiträge:** Für die Zeit vom Vertragsbeginn bis zum Ende des laufenden Kalenderjahres der anteilige Jahresbeitrag, danach für jedes Kalenderjahr der volle Jahresbeitrag wie oben inkl. gesetzl. Versicherungssteuer, zzt. 19 % (Fälligkeit Februar). Die Beitragsleistung soll jeweils bei Fälligkeit erfolgen. **Vertragsdauer:** Bis zum 31. Dezember des Jahres, das dem Jahr des Vertragsbeginns folgt. Der Versicherungsvertrag verlängert sich stillschweigend jeweils um 1 Jahr, wenn er nicht spätestens 3 Monate vor Ablauf der Versicherungsdauer schriftlich gekündigt wird. Der Vertrag zwischen dem Versicherungsnehmer und der Versicherungsgesellschaft erlischt ohne besondere Erklärung mit der Beendigung der Mitgliedschaft bei der GdP.

## Personalvertretungsrechtliche Probleme erörtert

**Zu einem zweitägigen Forum trafen sich Ende Februar unter Leitung des stellvertretenden GdP-Bundesvorsitzenden Arnold Plickert die GdP-Vorsitzenden der Haupt- und Gesamtpersonalräte in der Polizei in der Berliner GdP-Bundesgeschäftsstelle. Traditionell dient das Treffen einem gemeinsamen Informations- und Erfahrungsaustausch und der Erörterung personalvertretungsrechtlicher Probleme. Mit dabei war der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow.**

Sven Hüber, Vorsitzender des Bundespolizeihauptpersonalrates, stellte die neue Erschwerniszulagenverordnung des Bundes vor und verdeutlichte einerseits die Schwierigkeiten der Umsetzung sowie andererseits, welche Klippen es zu meistern galt. Über die Konzeption „Gesundheits- und Präventionssport (GPS) im Polizeivollzugsdienst“ referierte der Vorsitzende des Deutschen Polizeisportkuratoriums (DPSK) und GdP-Gast, Polizeidirektor Uwe Kilz.

Die Diskussion über die Föderalismusreform und deren Folgen war das Top-Thema des aktuellen Berichts über die gewerkschaftspolitische Lage von GdP-Chef Malchow. Deutlich wurde, dass viele Dinge, die auch schon vor der Föderalismusreform 2006 im Argen lagen, heute als Folge dieser deklariert werden.

Weitere Themen waren u1nter anderem die Weiterverwendung vor Versorgung (Polizeidienstunfähigkeit), finanzielle Zuwendungen im Rahmen von Versetzungen, gleiche Abfindung für gemeinsame Ein-sätze.



**Dienstsport im Fokus: DPSK-Vorsitzender Uwe Kilz im Gespräch mit den GdP-Spitzen Oliver Malchow und Arnold Plickert.**  
Foto: Zielasko

## DEUTSCHER PERSONALRÄTE-PREIS 2014

### Countdown läuft

**Die Bewerbungsfrist für den „Deutschen Personalräte-Preis 2014“ läuft. Bis Ende Mai können Projekte unter [www.dprp.de](http://www.dprp.de) eingereicht werden. Der Preis ist eine Initiative der Fachzeitschrift „Der Personalrat“ und wird gemeinsam vom Bund-Verlag, Frankfurt, und der HUK-COBURG verliehen.**

Der „Deutsche Personalräte-Preis“ will die engagierte Arbeit von Personalräten öffentlich machen. Im Fokus stehen Wertschätzung und Anerkennung – auch der vielen „stillen“ Gremien, die sich klug und kreativ für die Beschäftigten stark machen. So befanden

Regelungen von Arbeits- und Dienstzeiten – das Themenspektrum für Bewerbungen ist groß. Für den diesjährigen Preis können Projekte aus den Jahren 2012-2014 eingereicht werden, von einzelnen Personalratsmitgliedern, kompletten Gremien und von dienststellenübergreifenden PR-Kooperationen. Auch Vorschläge von dritten Personen, die Kenntnis über PR-Projekte haben und diese für preiswürdig halten, sind willkommen.

Kriterien für die Bewertung der Projekte sind deren konkrete Auswirkungen auf die Arbeit und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten sowie die Umsetzbarkeit und Übertragbarkeit auf andere Dienststellen. Darüber hinaus prüft die mit namhaften Expertinnen und Experten aus Gewerkschaften, Wissenschaft und Praxis besetzte

Jury alle eingereichten Arbeiten auch mit Blick auf die Teamleistung, auf Innovation, Nachhaltigkeit und soziales Engagement.

Der Deutsche Personalräte-Preis wird in den Kategorien Gold, Silber und Bronze und als Sonderpreis der HUK-COBURG vergeben. Darüber hinaus lobt die DGB-Jugend einen Preis für beispielhafte JAV-Arbeit und Projekte für jugendliche Beschäftigte und Auszubildende aus. Die feierliche Preisverleihung erfolgt auf dem „Schöneberger Forum“ am 25. November in Berlin.

Für die Teilnahme genügt eine (Online)-Kurzbewerbung mit den wesentlichen Informationen zum Inhalt des konkreten Projektes. Ausführliche Informationen, Bewerbungsunterlagen und Kontaktadressen unter [www.dprp.de](http://www.dprp.de). Einsendeschluss ist der 31.5.2014.

**Christof Herrmann**



**DEUTSCHER PERSONALRÄTE PREIS • 2014** 

sich unter den Nominierten im Vorjahr Personalratsgremien der Bundespolizeidirektion Sankt Augustin und der Zentralen Polizeidirektion Niedersachsen (ZPD).

Ob faire Entlohnung, Arbeits- und Gesundheitsschutz, Qualifizierung oder



# „EU-Knöllchen“ und mehr Transparenz bei der MPU

**Der traditionell zu Jahresbeginn stattfindende Verkehrsgerichtstag befasste sich erneut mit vielen aktuellen juristischen Fragen des Straßenverkehrs (siehe auch DP 4/14, Print und online). Zu den von den Experten behandelten Themen bei der wichtigsten Tagung von Verkehrsexperten in Deutschland gehörten auch die Reform des sogenannten Idiotentests und die europaweite Vollstreckung von Bußgeldern wegen Verkehrsverstößen.**

So darf der Politik nach den Vorstellungen des Gerichtstagspräsidenten Kay Nehm – unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Konsequenzen – nicht anscheinend gleichgültig sein, wenn schon ein einziger, die geltenden Achslasten einhaltender Lkw „tausendfach mehr Verschleiß“ auf den Straßen verursache als ein Pkw. Gleiches gelte für überladene Lastwagen, die „auf vorgeschädigten Straßen ein vielfaches an (höheren) Schäden“ herbeiführten. Es sei dem Steuerzahler nicht zu vermitteln, warum er „erneut zur Kasse gebeten“ werde, die tatsächlichen „Hauptverursacher vorzeitiger Abnutzung dagegen – auch noch von effektiver Kontrolle und Ahndung – freigestellt“ seien. Wer Gewichtskontrollen allein Polizisten mit Anhaltekele überlassen wolle, statt Lkw ökonomisch im fließenden Verkehr vorzuziehen und bei Verdacht der Überladung zur eichfähigen stationären Waage auszuleiten, vermittle keineswegs den Eindruck, das Problem tatkräftig angehen zu wollen. Vielmehr seien künftig effektivere Kontrollen durch mehr Ausstattung und Einsatz vorhandener Technik bei der Polizei notwendig.

## EU verzeichnet bisher niedrigste Zahl von Todesopfern

Die Straßenverkehrssicherheit in Europa hat sich in den vergangenen Jahren zwar deutlich verbessert, wenn die Zahl der Getöteten betrachtet wird. „Europa ist heute weltweit eine der sichersten Regionen“, betonte Szabolcs Schmidt, Leiter des Referats Straßenverkehrssicherheit der EU-Kommission. Weltweit seien rund 1,24 Millionen Unfalltote pro Jahr zu verzeichnen, in Europa seien es 2012 „nur“ knapp 28.000 gewesen und für 2013 nach gegenwärtiger Hochrechnung „nur“ etwa 25.000 Tote. Hier lebten sieben Prozent der Weltbevölkerung, und

diese leide nur unter zwei Prozent der Unfalltote. Dieser krasse Unterschied sei nicht nur gegenüber den Entwicklungsländern markant. Auch in den Vereinigten Staaten sei die Gefahr, bei einem Verkehrsunfall getötet zu werden, doppelt so hoch wie in Europa, erläuterte der Vertreter der Generaldirektion Mobilität und Verkehr.

Zur Gewährleistung von Freizügigkeit und Sicherheit der Bürger auf dem Weg zu einem vereinten Europa etablierte sich seit dem Maastricht-Vertrag im Jahre 1993 die Straßenverkehrssicherheit als Politikbereich auf europäischer Ebene. Da Verkehrsunfälle und das damit zusammenhängende menschliche Leid sowie der wirtschaftliche Schaden nicht an den nationalen Landesgrenzen Halt machen, betrieb die EU seither eine gewisse Vergemeinschaftung von Verkehrsregeln, die notwendige Sanktionen bei begangenen Verstößen nicht ausspart.

Erfolgreiche polizeiliche und kommunale Verkehrsüberwachung muss sich daran ausrichten, Verkehrsunfälle zu verhindern beziehungsweise deren schwere Folgen zu reduzieren. Dies ist beispielsweise durch eine Überwachungsintensität zu erreichen, die Kraftfahrer vor allem von unfallschädlichen Verkehrsverstößen abhält, indem bei Übertretungen zum Teil erhebliche Sanktionen drohen.

## Verkehrsdelinquenz ausländischer Fahrer überproportional hoch

Bislang existiert in Deutschland keine statistische Grundlage darüber, wie viele Zuwiderhandlungen von EU-Ausländern begangen werden. In Frankreich, wo etwa 5 Prozent der Autofahrer mit einem ausländischen Kennzeichen unterwegs seien, sollen die auswärtigen Fahrzeugführer laut

Joël Valmain, Berater des Generaldirektors für die Straßenverkehrssicherheit, 21 Prozent der Verkehrsverstöße verursachen, im Sommer seien es bis zu 25 Prozent. Der Experte erklärte beim Gerichtstag, nahe der französischen Grenze werde sogar rund die Hälfte der Verkehrsverstöße von Ausländern begangen.

Da Deutschland eines der wichtigsten Ziel- und Transitländer des Kontinents darstellt, ist davon auszugehen, dass im Bundesgebiet der Anteil der Verkehrsverstöße ausländischer Fahrer noch deutlich höher liegt. Erfahrungswerte der zentralen Bußgeldstelle in Thüringen zeigten zum Beispiel, dass etwa 20 Prozent der erfassten Geschwindigkeitsübertretungen von ausländischen Kraftfahrern begangen werden.

Wenn auch der Anteil ausländischer Fahrzeuge europaweit durchschnittlich nur bei rund fünf Prozent liege, auf Transitstrecken höher, verursachten die Fahrer jedoch einen ganz wesentlich höheren Anteil der registrierten Verkehrsverstößen, sagte auch EU-Verkehrsreferent Schmidt. Dies habe natürlich einen nachteiligen Einfluss auf die Verkehrssicherheit. Benötigt werde deshalb ein System, das die national vorhandene Abschreckung wieder herstelle, indem die Bürger wüssten, dass die Ahndung von Verkehrsdelikten an den Landesgrenzen nicht aufhöre. „Wenn dieses Bewusstsein da ist, kann man erwarten, dass sich tatsächlich auch die Verkehrssituation verbessert, denn der Großteil der Delikte betrifft Geschwindigkeitsübertretungen“, sagte er. Die Hauptfaktoren für Unfälle mit Personenschaden sind in erster Linie Geschwindigkeit, Alkohol und Drogen sowie die mangelnde Gurnutzung im Straßenverkehr.

## EU-Knöllchen nicht mehr wirkungslos?

Damit in Transitländern wie vor allem Deutschland solche Sanktionen nicht ins Leere laufen, indem die Bürger anderer EU-Staaten nach Passieren der Binnengrenze zu ihrem Heimatland vor einer Verfolgung mit Bußgeldbescheid sicher sind, hat 2005 ein EU-Beschluss über die gegenseitige Anerkennung von Geldstrafen und Geldbußen in den Mitgliedstaaten eine neue Grundlage geschaffen. Deutschland ließ sich Zeit: der „Knöllchenbeschluss“ wurde durch das Gesetz über die internationale Rechtshilfe



in Strafsachen (IRG) Ende Oktober 2010 in nationales Recht umgesetzt.

Nunmehr wird eine Geldstrafe oder Geldbuße, die in einem Mitgliedsstaat rechtskräftig verhängt worden ist, auch von anderen Staaten anerkannt und kann dort vollstreckt werden. Hierbei geht es aber nicht um Bagatelverstöße, sondern um Sanktionen ab 70 Euro. Zur „Vermeidung weiterer umständlicher Abrechnungsmodalitäten“ wurde unglücklicherweise vereinbart, dass der Erlös der Geldbuße im Vollstreckungsstaat verbleibt. Diese Regelung, die einen hohen Verwaltungsaufwand ohne jeden direkten finanziellen Erlös bedeutet, trägt offenbar nicht zu einer angemessenen Motivation der Verfolgungsbehörden des „Tatortstaates“ bei, eine Vollstreckung ausländischer Geldbußen auch tatsächlich zu betreiben. So bleiben zahlreiche Delikte ausländischer Fahrzeugführer weiterhin ungesühnt, wenn – in Deutschland bei einem durch Frontfoto dokumentierten Tempo- oder Rotlichtverstoß – ein sofortiges Anhalten und damit eine Sanktion an Ort und Stelle, in der Regel mittels Sicherheitsleistung, die das Geld im Lande hält, durch die Polizei unterbleibt.

## Problem der Halterhaftung bei Kennzeichenanzeigen

Schließlich werden Ordnungswidrigkeitenverfahren ohne Fahrerfoto oder sonstigen konkreten Hinweis auf den Betroffenen in den meisten Bundesländern ohnehin erst gar nicht eingeleitet, da nach dem im Grundgesetz verankerten Schuldprinzip nur „bestraft“ werden darf, wer den Verstoß tatsächlich begangen hat – und sich eine gewisse Halterhaftung bisher nur auf den ruhenden Verkehr erstreckt.

Dem Ärger, das „schlaue“ Verkehrssünder herausgefunden haben, wie leicht sich hierzulande ein Bußgeld wegen eines Parkverstößes vermeiden lässt, hat – in Folge wiederholte Forderung früherer Gerichtstage – der Gesetzgeber 1987 endlich entgegen gewirkt und die Kostentragungspflicht des Halters eingeführt. Dadurch konnte dem Übel erfolgreich entgegengetreten werden, dass Halt- und Parkverstöße immer mehr zunahmen, weil nur noch Gutwillige oder Unerfahrene verfolgt und geahndet werden konnten, und obendrein die überaus hohe Zahl von Einstellungen und Freisprüchen nach Kennzeichenanzeigen zu einer erheblichen Kostenbelastung des Staates führte.

Bisher nicht gelöst ist aber das Problem der Haftung des Halters bei Verstößen und Kennzeichenanzeigen im fließenden Verkehr. Experten gehen davon aus, dass – sogar bei den Geschwindigkeitsverstößen mit Frontfoto des Fahrers – an einzelnen Messstellen teilweise Ausfallquoten bis zu 40 Prozent bestehen, weil der Verantwortliche nicht zu ermitteln ist.

Diese seit Jahrzehnten bestehende Bürde ist zuletzt beim Verkehrsgerichtstag 2010 erörtert worden. Hierzu wurde folgende Empfehlung beschlossen: „Nach Ansicht des Arbeitskreises wäre eine Ausdehnung der Kostentragungspflicht nach Paragraf 25a Straßenverkehrsgesetz (StVG) unter Wahrung der Verhältnismäßigkeit grundsätzlich möglich. Die Bundesregierung wird gebeten zu prüfen, ob angesichts der Dimension der relevanten Fälle gesetzlicher Handlungsbedarf besteht.“ Daraufhin bat die Bundesregierung die Bundesanstalt für Straßenwesen (BASt), eine entsprechende Untersuchung durchzuführen. Es sollte festgestellt werden, ob die Anzahl der relevanten Fälle im fließenden Verkehr eine Kostentragungspflicht begründen kann. Ein Ergebnis soll dieses Jahr vorliegen.

Es bleibt indes ernsthaft zu befürchten, dass die angeforderten „belastbaren“ Zahlen in der Bilanz nur einen äußerst kleinen Ausschnitt des tatsächlichen Problems beleuchten werden, da in der Untersuchung – wie aus internen Kreisen bekannt wurde – völlig unberücksichtigt bleiben und nicht einmal am Rande als wenigstens kleiner Hinweis auf das Dunkelfeldausmaß erwähnt werden soll, wie häufig durch die Polizei- oder Bußgeldbehörden, mangels geeignetem Frontfoto, ein Verfahren von vornherein nicht eingeleitet worden ist. Bei einer im Wesentlichen allein auf das festgestellte Kfz-Kennzeichen gestützten Ordnungswidrigkeit unterbleibt in der Praxis aber die Verfolgung – mangels kleinster Erfolgsaussicht – in der Regel von Anfang an. Eine Untersuchung, die auch solche weit bedeutsameren Größen erhebt, wäre nur mit höherem Aufwand leistbar, würde der Realität jedoch wesentlich näher kommen.

## Ausdehnung der Halterhaftung auf fließenden Verkehr prüfen

Die – aufgrund der bei den Verfolgungsbehörden bestehenden Probleme – von den Teilnehmern geforderte Diskussion, eine Kostentragungspflicht

des Halters eines Kraftfahrzeugs auch auf den fließenden Verkehr zu übertragen, wurde durch den zur Betreuung des Arbeitskreises eingesetzten Ministerialrat des Bundesjustizministerium, Detlef Otto Bönke, mit der Perspektive abgewehrt, das Thema sei für den Gerichtstag 2015 anvisiert. So beließ es eine letztendlich verabschiedete Empfehlung des jetzigen Gerichtstags schließlich auch nur bei der zurückhaltenden Formulierung: „Im Hinblick auf die Frage der Halterhaftung bekräftigt der Arbeitskreis die Empfehlungen des 48. VGT und regt an, diese Problematik auf der Grundlage neuerer Forschungsergebnisse erneut zu diskutieren.“

Da das Bundesverfassungsgericht bereits geklärt hat, dass eine Auferlegung von Kosten des Verfahrens bei ungeklärter Fahrerverantwortlichkeit nicht den Schuldgrundsatz verletzt, da sie weder eine Ahndung rechtswidrigen Verhaltens bezweckt noch eine Sanktion im Sinne einer strafähnlichen Maßnahme darstellt, und auch sonst nicht gegen die Verfassung verstößt, wäre eine Ausdehnung der „Halter-

Anzeige



haftung“ auf Verstöße im fließenden Verkehr indes rechtlich möglich, zumindest soweit auch dort bei einer nur „geringen Kostenlast keine ernsthafte Konfliktsituation (entsteht), die das Zeugnisverweigerungsrecht verhindern will“.

Falls eine vollständige Halterhaftung im fließenden Verkehr sich dennoch aus verfassungsrechtlichen Gründen nicht als realisierbar erweist, sollte den Haltern zumindest ein Teil der Kosten für erfolglose Ermittlungen auferlegt werden, wenn sie den Fahrer nicht benennen. Diesen Haltern sollten Behörden darüber hinaus verstärkt das Führen von Fahrtenbüchern auferlegen.

### Schwierigkeiten bei der grenzüberschreitenden Vollstreckung

Zwar helfen sich die EU-Staaten nun gegenseitig beim Eintreiben von Bußgeldern. Doch nicht immer müssen Autofahrer wirklich zahlen. Denn schon in der Kette der Bearbeitung ergeben sich bei Knöllchen aus dem EU-Ausland einige Probleme. Von der Feststellung eines Verkehrsverstößes über die Anhörung und Ermittlung der Identität, Berechnung der Sanktion, Zustellung des Bußgeldbescheides und Vollstreckung haben sich im grenzüberschreitenden Verkehr bereits erhebliche Probleme in der Praxis dadurch gezeigt, dass die Identität des Halters oft einfach nicht festgestellt werden kann.

Um diese Erschwernis auszuräumen und das noch immer aufwendige Verfahren weiter zu vereinfachen, ermöglicht das StVG seit Ende August 2013 den gegenseitigen Austausch von Kfz-Halterdaten in der EU. Die der nationalen Rechtsergänzung zugrunde liegende Richtlinie 2011/82/EU gestattet nun nationalen Kontaktstellen der anderen Mitgliedstaaten einen unmittelbaren Online-Zugriff auf Fahrzeug- und Halterdaten in Fällen folgender in den Mitgliedstaaten begangenen, die Straßenverkehrssicherheit gefährdenden Verkehrsdelikte, und zwar unabhängig davon, ob diese als Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten eingestuft werden:

Geschwindigkeitsübertretungen, Nicht-Anlegen des Sicherheitsgurtes, Überfahren eines roten Lichtzeichens, Trunkenheit im Straßenverkehr, Fahren unter Einfluss von berauschenden Mitteln, Nichttragen eines Schutzhelms, unbefugte Benutzung eines

Fahrstreifens, rechtswidrige Benutzung eines Mobiltelefons oder anderer Kommunikationsgeräte beim Fahren.

Die effektive Aufklärung und Verfolgung der enumerativ (abschließend) aufgezählten Verstöße ermöglicht das europäische Fahrzeug- und Führerscheininformationssystem EU-CARIS (EUropean Car and Driving Licence Information System), dessen Ziel es ist, die Bekämpfung grenzüberschreitender Kriminalität, so die Aufdeckung von Fahrzeugdiebstählen, die Terrorismusbekämpfung oder die Eindämmung des Führerscheintourismus, zu unterstützen.

### Aufwand bleibt beträchtlich

Das zur nationalen Kontaktstelle in Deutschland bestimmte Kraftfahrt-Bundesamt (KBA), das mit den übrigen nationalen Kontaktstellen vernetzt ist, gewährt bundesweit berechtigten öffentlichen Stellen, zum Beispiel Polizei, Zulassungs-, Fahrerlaubnis- sowie Bußgeldbehörden, online Abfrage- und Auskunftsmöglichkeiten auf Fahrzeug- oder Führerscheindaten anderer Mitgliedstaaten. Diese erfolgen nach Paragraph 36a StVG automatisch nach einem vom KBA festgelegten und im Bundesanzeiger beziehungsweise nachrichtlich im Verkehrsblatt veröffentlichten technischen Standard.

Bei einem einschlägigen Verkehrsverstoß mit einem Kfz aus einem anderen EU-Staat kann künftig von einer der bundesweit fast 1.300 Bußgeldbehörden ein entsprechendes Informationsschreiben an die Heimatadresse des Halters gerichtet werden, soweit der durch Frontfoto erkennbare Fahrer nicht an Ort und Stelle in Deutschland durch die Polizei angehalten und mittels Sicherheitsleistung vorab sanktioniert wird. Ein einmalig zu erstellendes, standardisiertes siebenseitiges Informationsschreiben wird dazu beim Bundesverkehrsministerium in die 22 EU-Amtssprachen übersetzt, um es dem Halter in der Landessprache, orientiert am Zulassungsort seines auswärtigen Kfz-Kennzeichens, übermitteln zu können.

Abgesehen von den in der „Enforcement-Richtlinie“ genannten Alkohol- oder Drogenverstößen, bei denen ein Anhalten der Fahrer und Feststellen der verantwortlichen Person obligatorisch ist, wird bei anderen Delikten nach wie vor mit einem erhöhten Verwaltungsaufwand gerechnet.

### Zusätzliche Bußgeldeinnahmen für Kommunen

Allerdings ist, auch bei leicht höherem Personalaufwand in Bußgeldstellen, im Ergebnis hierzulande keine finanziell nachteilige Belastung zu erwarten. Denn deutsche Behörden profitieren zusätzlich von einem in der Regel höheren Sanktionsniveau anderer Mitgliedsstaaten, wenn sie entsprechende Ersuchen stellen, da der Erlös der Vollstreckung im ersuchten Staat, in denen die Verkehrssünder wohnen, in den jeweiligen Kreisen beziehungsweise Kommunen verbleibt. Hohe Bußgeldsätze anderer EU-Staaten kommen demnächst also als zusätzliche Einnahmequelle in die Kassen deutscher Vollstreckungsbehörden, während bei hier erappten Fahrern die Nachbarländer finanziell schlechter dastehen. Es besteht schließlich keine Möglichkeit für Verkehrssünder, eine in einem EU-Staat verhängte höhere Geldbuße bei einer Vollstreckung in Deutschland auf das hier niedrigere Niveau reduzieren zu lassen.

### EU-Knöllchen bleiben für „schlaue“ deutsche Sünder weiter folgenlos

Eine der in Deutschland unzulässigen Halterhaftung geschuldete Besonderheit liegt überdies darin, dass der nach Erfassung des Verkehrsverstößes vorgesehene „Deliktsbescheid“ an den Halter in ein „Informationsschreiben“ umbenannt worden ist, das allerdings ebenfalls alle relevanten Tatsachen wie die Art des Verstößes sowie die verletzte nationale Rechtsvorschrift, den Ort, das Datum, die Uhrzeit sowie Beweismittel enthält. Insoweit stellt die Übersendung dieses Schreibens zunächst eine Anhörung des Halters als Zeugen dar. Da der Empfänger allerdings sowohl Betroffener als auch Zeuge sein kann, ist er entsprechend zu belehren.

In einer Erklärung Deutschlands zur Umsetzung der Richtlinie ist daher festgehalten, dass das Verfahren über den Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten so verstanden wird, dass „als persönlich haftbare Person in diesem Sinne ausschließlich der Fahrer in Frage kommt, da nur er selbst den Verstoß begangen hat. Die übermittelten Halterdaten dürfen nach Auffassung der deutschen Delegation damit ausschließlich zur Fahrerermittlung verwendet werden“.



Wer hierzulande also lediglich aufgrund seiner Haltereigenschaft von einer ausländischen Stelle wegen eines Verkehrsverstößes belangt wird, sollte sich deshalb im Einspruchsverfahren wegen fehlenden Verschuldens zu Wort melden und ausdrücklich erklären, nicht gefahren zu sein – und im Übrigen von seinem Zeugnisverweigerungsrecht Gebrauch machen. Dies muss als Einwand aber auch gegenüber der Bewilligungsbehörde, also dem Bundesamt für Justiz, durch den Betroffenen geltend gemacht werden. Die Vollstreckung einer solchen Bußgeldentscheidung wird aber keineswegs von Amts wegen – wie die Verantwortlichkeit des Halters eines Fahrzeugs für Verkehrsverstöße ohne Nachweis eines eigenen Verschuldens – von vornherein ausgeschlossen. Der Fahrzeughalter hat es also selbst in der Hand, ob die Vollstreckung zulässig ist oder nicht.

Versäumt der Betroffene im Anhörungsverfahren durch das Bundesamt für Justiz, den Einwand zu erheben, wird durch die Vollstreckung der Sanktion gegen ihn nicht der unabdingbare Kernbereich des Rechtsstaatsprinzips verletzt. Nimmt der Betroffene durch Schweigen oder Untätigbleiben insoweit eine mit dem Schuldprinzip nicht in Einklang stehende Sanktion hin, obwohl die Möglichkeit bestand, die Vollstreckung durch die Geltendmachung des Einwandes, nicht selbst gefahren zu sein, unabdingbar abzuwenden, besteht auch vor Gericht in Deutschland von Verfassungswegen kein Anlass, ihn von der Geldbuße freizustellen, die ein wesentliches Element zur Gewährleistung der Sicherheit im Straßenverkehr ist.

### Zahl der Ersuchen gering

Dass die Zahl eingehender Ersuchen aus anderen Mitgliedstaaten (weniger als 20.000 seit Ende 2010, davon über 90 Prozent aus den Niederlanden) bislang sehr niedrig ausfällt, dürfte unter anderem mit der in Deutschland fehlenden Halterverantwortlichkeit bei Verstößen im fließenden Verkehr zusammenhängen. Als Hemmnis erscheinen aber auch die vermeintlich einfacheren Abrechnungsmodalitäten, die dem Umstand keine Rechnung tragen, dass in der Praxis ein erheblicher Verwaltungsaufwand für das Vollstreckungsverfahren im „Tatortstaat“ entsteht, allerdings ein Bußgeld als Erlös dafür nicht unmittelbar dorthin zurückfließt.

Auch die Zahl der ausgehenden Ersuchen in Deutschland ist, wie der Leiter der Abteilung Internationale Rechtshilfe des Bundesamts für Justiz, Dr. Christian Johnson, berichtete, mit rund 10.000 seit 2010 sehr gering. Dies dürfte vor allem darin begründet sein, dass bei polizeilichen Ordnungswidrigkeitsverfahren gegen Fahrer aus anderen EU-Staaten regelmäßig weiterhin bei durchreisenden Ausländern nach Anhalten vor Ort eine Sicherheitsleistung für die Geldbuße nach Paragraph 46 Abs. 1 OWiG i. V. m. Paragraph 132 StPO erhoben wird, obwohl aufgrund des Europäischen Geldsanktionengesetzes (EuGeldG) die Beitreibung der Geldbuße grundsätzlich auch im Ausland möglich wäre. Nach Einschätzung des Bundesjustizministeriums ändert die Einführung des EuGeldG – etwa aus Gründen der Verhältnismäßigkeit – an der Fortsetzung der Praxis der Sicherheitsleistung jedoch nichts.

### EU-Knöllchen noch immer schwer verdaulich

Inzwischen wurden zwei EU-Instrumente, der Rahmenbeschluss Geld und die Richtlinie zum Halterdatenaustausch, in nationales Recht umgesetzt mit dem hehren Ziel, die Verkehrssicherheit auf den Straßen der EU zu erhöhen. Der Rahmenbeschluss wird bereits in der Praxis angewendet, nunmehr kann der Halterdatenaustausch starten.

Dennoch bleibt das Verfahren aufwändig und umständlich. Als Kardinalfehler erweist sich zudem, dass das Geld nicht in den Tatortstaat transferiert wird, sondern im Wohnortstaat des Betroffenen verbleibt, was zu geringem Handlungsinteresse des ersuchenden Staates führt, der den überwiegenden Teil des Aufwandes zu tragen hat, aber beim Vollstreckungserlös leer ausgeht. Daher sollte nach (vorhandenen) Verbesserungsmöglichkeiten der jetzigen EU-Regelungen gesucht und deren Umsetzung ernsthaft in Betracht gezogen werden.

Wenngleich der Halterdatenaustausch künftig zu gewissen Verbesserungen, insbesondere einer Beschleunigung bei den einbezogenen Delikten führen wird, bleibt das ganze Verfahren noch ein wenig unharmonisch und zu kompliziert. Deshalb bedauert der Gerichtstags-Arbeitskreis in seinen Empfehlungen, dass „eine Umsetzung der Instrumente in der EU bislang noch

nicht in allen Mitgliedstaaten erfolgt ist, und würde es begrüßen, wenn die praktischen Probleme länderübergreifend zeitnah gelöst werden“. Dabei wird die „europaweite Anwendung des automatisierten Halterdatenaustausches (EUCARIS)“ mit eingeschlossen.

Die Frage der Halterhaftung hierzulande spielt für den bilateralen Erfolg des Vollstreckungsverfahrens eine entscheidende Rolle. Über diese Problematik will der Gerichtstag 2015 nochmals neu beraten. Im Interesse der Verkehrssicherheit bleibt zu hoffen, dass sich hier mit Blick auf eine angemessene Kostenpauschale für den Halter – bei nicht ermittelbarem Fahrer – künftig etwas bewegt. Umgekehrt erscheint es höchst unwahrscheinlich, dass sich die übrigen Mitgliedstaaten an die mehrheitlich vom Arbeitskreis gewünschte deutsche Praxis anpassen und bei allen in der EU begangenen Verkehrsverstößen Halter und Fahrer ermitteln.

Zudem einigte sich der Arbeitskreis darauf, den deutsch-österreichischen Vertrag über Amts- und Rechtshilfe in Verwaltungssachen vom Mai 1988 auf sein weiteres Fortbestehen nur „zu überprüfen“. Die von Seiten der Autofahrerlobby dagegen angestrebte völlige Streichung dieser Rechtsgrundlage fand im Votum der Teilnehmer keine Mehrheit, da insbesondere Vertreter der Polizei argumentierten, dass das Verfahren in der Praxis wenigstens gut funktioniere.

### Fahreignung und MPU

Die Medizinisch Psychologische Untersuchung (MPU), im Volksmund „Idiotentest“ genannt, zählt zu den bewährtesten Instrumenten, die Fahreignung festzustellen. Im Jahr 2012 führten die Begutachtungsstellen für Fahreignung (BfF) fast 95.000 MPU-Verfahren durch. 51 Prozent der Gutachten bezogen sich auf Alkoholdelikte, nach wie vor die häufigste Ursache. Gut die Hälfte der Probanden (56 Prozent) wurde für geeignet befunden, als Kfz-Führer wieder am Verkehr teilnehmen zu dürfen, die übrigen blieben zumindest vorerst ausgeschlossen.

Untersuchungen zeigten, dass das Rehabilitationssystem vom Zeitpunkt des Führerscheinentzuges bis zur MPU nicht optimal funktioniert, da es einem Großteil der verkehrsauffälligen Kraftfahrer nicht gelingt, mit Ablauf der Sperrfrist ihre Fahreignung wieder



herzustellen. Dies wird zum Teil darauf zurückzuführen sein, dass drei Viertel der verkehrsauffälligen Kraftfahrer, die sich vor Neuerteilung der Fahrerlaubnis einer MPU unterziehen müssen, nicht rechtzeitig über die Bedingungen informiert sind, die sie für ein positives Gutachten erfüllen müssen.

Bei der MPU handelt es sich nicht um eine zusätzliche Strafe für einen verkehrsauffälligen Betroffenen. Vielmehr soll bei Zweifel an seiner Eignung zum Führen eines Kfz individuell eine Risikoeinschätzung für die Fahrerlaubnisbehörde gutachterlich erstellt werden, ob er künftig eine erhöhte Gefahr für die Verkehrssicherheit bedeutet. Die Anordnung einer MPU erfolgt, wenn das Risiko einer erneuten Auffälligkeit besonders hoch erscheint. Dies kann allein in einer einzigen Fahrt mit strafgerichtlicher Entziehung der Fahrerlaubnis wegen Alkoholmissbrauch begründet sein. Denn diese erfüllt unmittelbar das Merkmal der Ungeeignetheit im Sinne der Fahrerlaubnis-Verordnung. Die Fahrerlaubnisbehörde ist in einem solchen Fall verpflichtet, die Wiedererteilung der Fahrerlaubnis von der Vorlage eines positiven MPU-Gutachtens abhängig zu machen, und der Antragsteller kann nur so den Nachweis der Fahreignung erreichen.

Allerdings steht auch die MPU selbst immer wieder auf dem Prüfstand, in diesem Jahr war es das sechste Mal beim Verkehrsgerichtstag seit 1992. Das liegt zum einen daran, dass die MPU keinen besonders guten Ruf in der Bevölkerung hat, weil sie immer wieder zu Kritik Anlass gibt. Zum anderen ist nach der letzten Erörterung beim Gerichtstag 2010 in einer Empfehlung die BAST gebeten worden, sich der Thematik anzunehmen, die Streitpunkte aufzulisten und zu klären, wie das Verfahren verbessert werden kann.

### Notwendigkeit eines effektiven Rechtsschutzes

Die unter Leitung der BAST eingerichtete interdisziplinäre Projektgruppe „MPU-Reform“ tagte seit November 2012 mehrfach. Das Ergebnis soll zum Jahresende vorliegen. Gerichtstagspräsident Nehm wünschte sich, der Projektgruppe noch einige Hilfestellungen und Impulse über Anforderungen aus der Praxis geben zu können, die in die Reform noch aufgenommen werden sollten. Hier geht es insbesondere um eine Verbesserung

der Information des Betroffenen über das Verfahren einschließlich einer Verstärkung seiner Beratung im Vorfeld. Überdies müssten die Regelwerke zur Beurteilung der Fahreignung angeglichen und die Fragestellungen für vergleichbare Untersuchungsanlässe vereinheitlicht werden.

Die Prüfung der MPU-Verfahren durch eine unabhängige Stelle ist zu einem Dauerthema des Gerichtstages geworden – inwieweit findet eine Kontrolle der Kontrolleure statt? Hierzu steht seit längerem die Frage im Raum, soll es obligatorische Tonaufzeichnungen des Probandengesprächs geben? Bisher existiert kein Rechtsmittel gegen die MPU-Anordnung mit drastischen Folgen. Wer nach Anordnung diese nicht durchführen lässt oder kein erfolgreiches Ergebnis nachweisen kann, verliert automatisch seinen Führerschein. Das nachträgliche Überprüfen der Untersuchung könnte dadurch verbessert werden, dass das Vier-Augen-Gespräch nicht mehr wie bisher geheim ist, sondern zu Überprüfungs Zwecken aufgezeichnet wird.

### Vorschläge für die MPU-Reform

Die Teilnehmer des Arbeitskreises waren sich einig darin, dass es sich bei der MPU um ein bewährtes Instrument handelt, das nachhaltig zur Verkehrssicherheit beiträgt. Doch die Betroffenen müssten frühzeitiger und umfassender über das Verfahren unterrichtet werden. Die durch die Projektgruppe der BAST hierzu bereits initiierten Maßnahmen wie das Info-Portal auf der Homepage seit Sommer 2013 und das Entwickeln von Informationsbroschüren für Betroffene wurden deshalb einhellig begrüßt.

Diese Informationen werden laut Dr. Martina Albrecht, Referentin für Verkehrspsychologie und Verkehrsmedizin der BAST, so allgemeinverständlich wie möglich formuliert, um möglichst viele Betroffene zu erreichen. Von der Website gelangt man auf weitere Seiten, die zum Führerschein, zur MPU, zu den Möglichkeiten der Beratung und Vorbereitung, aber auch zu den Themen Alkohol, Drogen oder Punkte informieren. Dort sind Antworten auf häufig gestellte Fragen formuliert, was das Verständnis erleichtert.

Erheblicher Handlungsbedarf besteht bei der Sicherung der Qualität in Beratung und Vorbereitung zur MPU. Da die Orientierung angesichts der Fülle von Angeboten, „fit für die MPU“

zu machen, sehr schwierig und deren Seriosität kaum prüfbar sei, wird eine gesetzliche Regelung für die Qualifikation der Berater gefordert. Zu einem weiteren Thema ergab sich im Votum des Gerichtstags-Arbeitskreises ein vorsichtiger Schritt zu einer vernünftigen Regelung: „Tonaufzeichnungen der ärztlichen und psychologischen Untersuchungsgespräche können die Transparenz der Fahreignungsbegutachtung erhöhen.“ Ob diese Form einer Dokumentation gesetzlich vorgeschrieben werden soll, hänge aber noch von der Klärung wissenschaftlicher und rechtlicher Fragen ab, mit denen sich die Projektgruppe „MPU-Reform“ befassen soll. Im Interesse der Rechtssicherheit erscheint ein positives Ergebnis zum Jahresende wünschenswert.

Zur Vereinheitlichung der Verwaltungspraxis soll ein bundeseinheitlicher Fragenkatalog mit Vorschlägen für die wesentlichen Untersuchungsanlässe gestaltet werden. Obergutachterstellen, die komplexe oder strittige Fragen klären könnten, sollen wieder installiert beziehungsweise bestehende Stellen gestärkt werden. Bei diesen kommen Tonaufzeichnungen bereits standardmäßig zum Einsatz.

Die Teilnehmer zeigten sich einheitlich einig, dass das Problem, wonach der Betroffene nach gegenwärtiger Rechtslage keine Möglichkeit hat, eine fehlerhafte oder gar rechtswidrige Anordnung gerichtlich überprüfen zu lassen, gelöst werden müsse. Deshalb sollte die bloße Anordnung, ein Fahreignungsgutachten beizubringen, einer „unmittelbaren verwaltungsgerichtlichen Kontrolle“ unterworfen werden.

### Prüfung der Fahrtüchtigkeit

Der Wunsch nach Mobilität kann mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen kollidieren. Der demografische Wandel macht vor dem Straßenverkehr nicht Halt. Am Steuer sitzen immer mehr Senioren. Schwere Unfälle, verursacht durch betagte Autofahrer, sorgen oft für Schlagzeilen und heizen eine Debatte um Fahrerlaubnisbeschränkungen im Alter an. Machen ältere Menschen Fehler im Straßenverkehr, sorgt dies oft für Unverständnis. Nicht zuletzt wegen ihres Gesundheitszustandes gelten Senioren häufig als unberechenbares Sicherheitsrisiko. Sofern über 65-Jährige als Pkw-Fahrer in einen Unfall mit Personenschaden verwickelt sind,



tragen sie zu zwei Dritteln aller Fälle die „Hauptschuld“. Im Unterschied zu anderen EU-Staaten sieht der deutsche Gesetzgeber bislang indes davon ab, das Unfallrisiko durch obligatorische Gesundheitschecks oder wenigstens einen regelmäßigen Sehtest zu minimieren.

Fahrzeugführer, die trotz geistiger oder körperlicher Mängel ein Fahrzeug führen und dadurch einen Unfall mit Personenschaden oder bedeutendem Sachschaden verursachen, machen sich in der Regel gemäß Paragraf 315c StGB strafbar. Hinzu kommt bei einem Unfall, bei dem andere Verkehrsteilnehmer verletzt oder gar getötet werden, die Strafbarkeit wegen fahrlässiger Körperverletzung beziehungsweise fahrlässiger Tötung, soweit dies für den betroffenen Fahrer vorhersehbar war. Oft sei letzteres bei einem erstmaligen Ereignis nicht der Fall, dies sei vielmehr als „sozialadäquat“ hinzunehmen, erläuterte Maria Focken, Amtsanwältin der Staatsanwaltschaft in Hamburg.

Aufgabe der Ermittlungsbehörden sei es deshalb, hier gezielt aufzuklären, ob es sich tatsächlich um ein erstmaliges Auftreten einer körperlichen oder geistigen Beeinträchtigung han-

dele, die zur Fahruntauglichkeit führe, oder ob es in der Vergangenheit bereits Hinweise auf eine Einschränkung gegeben habe, die vom Beschuldigten – auch vorwerfbar – als solche hätten „wahrgenommen“ werden können, forderte sie. Dabei komme es nicht darauf an, als Ziel akribischer Ermittlung von Unfallursachen zuvörderst eine möglichst hohe Strafe verhängt zu wissen. Entscheidend sei vielmehr die frühzeitige Anordnung von „führerscheinrechtlichen Maßnahmen, um die Allgemeinheit, insbesondere andere Verkehrsteilnehmer, die ungeeigneten und untauglichen Kraftfahrzeugführern ausgeliefert sind, zu schützen“, erläuterte Focken.

Auch Ex-Generalbundesanwalt Nehm sprach sich nicht für eine „Strafverfolgung um jeden Preis“ aus, etwa durch große Nachforschungen im privaten Bereich. Wenn man aber wisse, dass das relative Unfallrisiko nach einer gezielten Aufklärung und einem gezielten Ratschlag an Betroffene, das Fahrzeug doch lieber stehen zu lassen, zurückgehe, dann sei das eine Hilfe für die Betroffenen und wichtig für die Erhöhung der Verkehrssicherheit.

Der Direktor des Instituts für Rechtsmedizin des Universitätsklinikums

Hamburg-Eppendorf, Prof. Dr. Klaus Püschel, sagte, dass überzeugenden kanadischen Studien zufolge das statistische Unfallrisiko nach gezielter Aufklärung beziehungsweise Warnung durch den behandelnden Arzt im Hinblick auf gesundheitliche Defizite um fast 50 Prozent zurückgegangen sei. Dies zeige, dass medizinische Warnungen an potenziell „unfitte Autofahrer“ zur Verkehrsunfallvermeidung erheblich beitragen können.

Rätselhafte Unfälle würden nach Meinung Püschels in vielen Fällen nach gezielten Ermittlungen und Begutachtungen keine Rätsel mehr aufgeben, wenn konsequenter als bisher der Faktor Mensch überprüft werde – soweit möglich im Hinblick auf Substanzbeeinflussung, körperliche Krankheiten, Stoffwechselstörungen und psychische Phänomene. Dazu könnten Rechtsmediziner einen wichtigen Beitrag liefern, wenn sie in kritischen Fällen von Polizei und Staatsanwaltschaft gezielt und konsequent eingesetzt würden, was zu einer qualitativ hochwertigen Verkehrsunfallrekonstruktion und allen damit zusammenhängenden Vorteilen beitragen dürfte.

Peter Schlanstein

## LANDESKINDERSCHUTZKONFERENZ

# Keine Entwarnung bei sexuellem Missbrauch

**Die 8. Landeskinderschutzkonferenz, eine Kooperationsveranstaltung der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege (FHÖVPR) Mecklenburg-Vorpommerns, des Zentrums für Praxis und Theorie der Jugendhilfe e.V. – Schabernack sowie des Ministeriums für Arbeit, Gleichstellung und Soziales des Landes, erhielt Ende Februar durch den Fall Edathy ungewollte Aktualität. Kindesmisshandlung, sexueller Missbrauch, sexualisierte Gewalt an Kindern, Gefährdung des Kindeswohls: Überschriften für ein gesellschaftspolitisches Phänomen, bei dem, so Dr. Susanne Braun, Leiterin des Zentrums „Schabernack“ für Praxis und Theorie der Jugendhilfe in Güstrow, keine Entwarnung gegeben werden könne. In ihrer Begrüßung stellte sie fest, es könne keine Rede von einem flächendeckenden und stabil finanzierten Präventionsnetz sein.**

„Wir wollen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes für das Problem sensibilisieren und wirkungsvolle Handlungsanleitungen vermitteln“, unterstützte Gastgeberin Dr. Marion Rauchert, Leiterin der FHÖVPR. Landesministerin Birgit Hesse, Nachfolgerin der jetzigen Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend,

Manuela Schwesig, und noch wenige Jahre zuvor im höheren Polizeidienst des Landes, sagte vor den zahlreich vertretenen Studierenden: „Ich habe dort oben früher selber Platz genommen. Ich freue mich über die gute Polizeiausbildung des Landes und hoffe, dass die Einstellungszahlen so bleiben oder noch etwas besser werden“. Hesse skizzierte die Ziele einer dem

Kindeswohl verpflichteten Politik und beschrieb die Schwierigkeit, richtig zu intervenieren. „Wir müssen einerseits Anzeichen sensibel wahrnehmen, andererseits aber vorschnelle Schlüsse vermeiden“. Unbestritten sei das Ziel, Kinder stark zu machen, damit sie in der Lage seien, „Nein“ zu sagen.

## Gesellschaftliche Ächtung

Johannes-Wilhelm Rörig, Unabhängiger Beauftragter der Bundesregierung für Fragen des sexuellen Missbrauchs von Kindern, erläuterte, dass im Gegensatz zu anderen Beauftragten der Bundesregierung, zum Beispiel für Drogen oder Migration, seiner Funktion eine gesetzliche Basis fehle. Es sei der neuen Bundesministerin Schwesig zu verdanken, dass zumindest Hoffnung bestehe, dass das Amt auch künftig bestehen bleibe. (In der Zwischenzeit wurde er im Amt



## LANDESKINDERSCHUTZKONFERENZ

bestätigt – d. Red.) Der „Fall Edathy“, so Rörig, zeige, dass mit den dort in Rede stehenden „Posing-Fotos“ oft der „Eingang zu Kindesmissbrauch“ verbunden sei: „Herstellung und Bezug verletzen zutiefst die Persönlichkeitsrechte der betroffenen Kinder“. Zu begrüßen sei, dass die gesellschaftliche Toleranz zunehmend schwinde und die Absicht diskutiert werde, den strafrechtlichen Schutz zu erhöhen. Die Ermittlungsbehörden müssten jedoch finanziell und personell in die Lage versetzt werden, wirklichen Schutz zu gewährleisten. Noch sei das Phänomen des Kindesmissbrauchs nicht in ausreichendem Maße gesellschaftlich geächtet. Rörig: „Wir sind weit davon entfernt, Kinder wirklich wirksam zu schützen und müssen alles dafür tun, die Fallzahlen zu verringern“.

Die Umsetzung der Vorschläge des „Runden Tisches Kindesmissbrauch“ unter Vorsitz der Bundesregierung seien defizitär: „Bisher haben nur Bayern und Mecklenburg-Vorpommern in

den vereinbarten Fond eingezahlt“. Der Runde Tisch habe erst ein Ziel erreicht, indem das Schweigen Betroffener gebrochen worden sei. Dem müsse jetzt die Aufarbeitung folgen, appellierte der Bundesbeauftragte mit leisem Optimismus: „Weg von den Sonntagsreden, hin zu wirkungsvollem Bewusstseinswandel“.

### Väter-Täter an erster Stelle

Über „das Erkennen von und den professionellen Umgang mit sexuellem Missbrauch an Kindern“ referierte Professorin Dr. Kathinka Beckmann von der Hochschule Koblenz, die in ihrem praxisbezogenen Beitrag auf die strukturelle Dimension des Kinderschutzes und auf konkrete Hilfestellungen für Helfer einging. Bei statistisch gesehen 42 Fällen sexuellen Missbrauchs pro Tag (rund 15.000 pro Jahr) sei einerseits die Wahrscheinlichkeit sehr groß, dass Auffälligkeiten auf Misshandlungen oder Missbrauch

zurückzuführen seien, andererseits gebe es aber die große Gefahr falscher Verdächtigungen. Beckmann gab der möglichen Symptomatik breiten Raum. Von emotionalen Reaktionen (Phobien, Aggressionen, Depressionen) über psychosomatische Beschwerden wie Essstörungen, Einkoten oder Hauterkrankungen, Veränderungen im Sozialverhalten (Delinquenz, Distanzlosigkeit) bis zu Veränderungen auf psychosexueller Ebene, so zum Beispiel altersunangemessen sexualisiertes Verhalten, beschrieb sie aus ihrem reichen Erfahrungsschatz eine breite Palette von Anzeichen. Zunächst müsse aber Misshandlung überhaupt als mögliche Ursache der Symptome in Erwägung gezogen werden.

In der Statistik möglicher Täter stehe der Vater an erster Stelle, gefolgt vom neuen Mann der Mutter und Jugendlichen außerhalb der Familie. An vierter Stelle seien aber auch weibliche Täter zu nennen: Mütter, Großmütter, Tanten zum Beispiel.

Anzeige

## Guthabenverzinsung auf der GdP-VISA-Card 1,05 % p. a.



- kostenloses Internet-Konto DKB-Cash (Giro-Konto)
- weltweit kostenlos Geld abheben – an Geldautomaten –

mit der GdP-VISA-Card  
mit der GdP-VISA-Card

Zu beantragen unter [www.gdp.de/kreditkarte](http://www.gdp.de/kreditkarte)



Rechtliche Meilensteine sind aus Beckmanns Sicht das Recht auf gewaltfreie Erziehung im Paragrafen 1631 des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB) aus dem Jahr 2000, der Schutzauftrag und die Hinzuziehung der „insoweit erfahrenen Fachkraft“ gemäß Paragraf 8a Sozialgesetzbuch III (SGB) und der Anspruch auf fachliche Beratung durch den Träger der Jugendhilfe für „alle Personen, die beruflich in Kontakt mit Kindern oder Jugendlichen stehen“. Letzteres gilt nach Auffassung von Wissenschaftlerin ganz eindeutig auch für Polizistinnen und Polizisten.

Anhaltspunkte dürften nicht nur wahrgenommen, sondern gewissenhaft dokumentiert, gegebenenfalls über einen längeren Zeitraum beobachtet und im Team besprochen werden. Je nach Fallgestaltung seien weitere Optionen, von der anonymisierten Beratungsmöglichkeit Gebrauch zu



Die Referenten Rainer Becker und Professorin Dr. Kathinka Beckmann im Gespräch mit Ministerin Birgit Hesse und Autor Bernd Becker, GdP-Vize und Landesredakteur in Rheinland-Pfalz.



Der unabhängige Bundesbeauftragte Johannes-Wilhelm Rörig wirbt bei Ministerin Birgit Hesse (rechts) und Hochschuleiterin Dr. Marion Rauchert für seine Kampagne „Kein Raum für Missbrauch!“.

machen oder die Eltern einzubeziehen und schließlich die Mitteilung an das Jugendamt.

### Kooperation auch im Konflikt

GdP-Kollege Rainer Becker, Dozent für Eingriffsrecht an der FHÖVPR in Güstrow und Vorsitzender der Deutschen Kinderhilfe, leitete

das Fachforum 6 „Dilemma zwischen Anzeige, Begutachtungen, Beratung und therapeutischer Intervention“. Er wies auf die Gefahr weiterer Traumatisierungen hin. Einen Königsweg gebe es nicht. Die Erstattung einer Anzeige könne sowohl erneute Traumatisierungen verursachen, als auch die erlittene Traumatisierung aufarbeiten und Anspruchsgrundlage für zivilrechtliche Ansprüche werden.

„Überbegutachtung“ müsse aber immer verhindert werden.

Die Zusammenarbeit aller Beteiligten zum Wohle der Kinder zu verbessern, forderte Diana Bindemann von der Beratungsstelle gegen sexualisierte Gewalt in Rostock. Auch im Konflikt müsse der Kontakt hergestellt und die fallspezifische Kooperation gesucht werden. Es müsse beispielsweise vermieden werden, dass ein betroffenes Kind mit bis zu sieben „staatlichen“ Stellen konfrontiert werde. Hilfreich sei dabei auch die strategische, fallunspecifische Kooperation.

### Erheblicher Handlungsbedarf

Nicht eröffnet wurde das Fachforum zum Thema „Therapie für Tatgeneigte“. Indes kann die Neufassung des Paragrafen 246a StPO als Erfolg des Runden Tisches Kindesmissbrauch gewertet werden zu können. In der Hauptverhandlung muss nun ein Sachverständiger dazu gehört werden, ob der Angeklagte eines sexuellen Missbrauchs therapiefähig ist. Klar erscheint: Die Behandlung von Straftätern und „Tatgeneigten“ ist präventiver Opferschutz. Mit dieser Rechtsänderung hat der Vorsitzende Richter in der Hauptverhandlung nicht nur Verantwortung für die Erfüllung des Strafanspruchs des Staates, sondern auch für die Vermeidung künftiger Opfer des Angeklagten.

Bernd Becker



können Sie sich ja nicht vollumfänglich Ihrer Hauptaufgabe widmen und im Übrigen, ist der Dokortitel nicht erforderlich für den weiteren Verlauf ihrer Karriere ...“

Das Beispiel zeigt – vielleicht plakativ und Einzelfall artig – auf, dass die mittelfristige Forderung der GdP nach Promotionsabordnungen in die richtige Richtung zielt. Ich möchte dies ergänzen: Auch kurzfristige oder temporäre Abordnungen der Doktoranden als wissenschaftliche Mitarbeiterin oder Mitarbeiter in allen Fachgebieten, beispielsweise bei einer durchzuführenden Studie, wären von unschätzbarem Wert. Derzeit ist es Polizeibeamten des hD nur möglich, in polizeipraktischen Fachgebieten zu arbeiten.

Dieser Ansatz würde sicherlich den inneren Reifeprozess der DHPol – den ich noch kurz skizzieren möchte – im positiven Sinne beeinflussen. Zunehmend muss ich aber auch feststellen, dass die DHPol selbst noch einen langen – vielleicht sogar harten – inneren Reifeprozess zu managen hat. Hier gilt es, gegenseitiges Rollenverständnis – Polizeipraktiker vs. Wissenschaftler – zu fördern und zur gemeinsamen Sache weiter zu entwickeln. Derzeit stellt sich dem neutralen Betrachter jedoch ein anderes Bild dar: Wer gewinnt die Oberhand? Das ist äußerst bedauerlich und bleibt der Umwelt nicht verborgen – fördert auch letztlich nicht die Akzeptanz in der gesamten deutschen Polizei.

Die von der GdP weiterhin angesprochenen „Promotionspartnerschaften“ werden durchaus jetzt schon im kleinen Rahmen (unter Doktoranden) gepflegt. Sicherlich ersetzen diese Meetings keine Kooperationen mit Partneruniversitäten, sind aber eine bereichernde Ergänzung. Ich durfte bereits an einem universitätsübergreifenden Doktorandenkolloquium, durchgeführt vom Fachgebiet 14 der DHPol, teilnehmen. Ebenso finden regelmäßig Doktorandenkolloquien im Fachgebiet, zu dem auch Doktoranden anderer Fachgebiete eingeladen werden, statt. Ich besuche in meiner Freizeit – eingeschrieben als Gasthörer – Vorlesungen am Institut und Lehrstuhl für Psychologie an der RWTH Aachen. Sie dienen der Erweiterung der eigenen wissenschaftlichen Kompetenz, dem wissenschaftlichen Austausch und der Vernetzung.

Abschließend möchte ich Sie gern an meiner Begeisterung teilhaben lassen: Ich finde es toll, dass Polizeibeamtinnen und -beamten die Möglichkeit eröffnet wurde, ihre oftmals Jahrzehnte lan-

ge Berufserfahrung durch ein akademisches Studium bis hin zum Erwerb des Dokortitels zu bereichern. Und das erworbene Wissen dient letztlich auch der Weiterentwicklung der eigenen Organisation.

**Martin Hartmann, Much**

### Zu: Angst-Räume machen unsicher, DP 3/14

Anonymität und die Abwesenheit von Regeln und Prinzipien schaffen den Angst-Raum Stadt. Anonymität kennzeichnet Wohnbereiche, Gewerbegebiete und städtische Zentren, aber auch viele Kritiker am Gemeinwesen Deutschland, an dessen Verhalten. Abwesenheit meint auch das Fehlen von Anstand, Aufrichtigkeit und sozialem Bewusstsein.

Im Internet diskutieren und kritisieren Pseudonyme, das kommt der Anonymität gleich (ungeachtet der Möglichkeit, den Verantwortlichen über die IP-Adresse zu identifizieren). Graffiti und Vandalismus, bei einer hier durchaus freien Interpretation, sind anonyme Kritik am Staat und an der Gesellschaft. Weitere Tatbestände ließen sich hinzufügen, wenn es darum geht, dem System seine Ablehnung zu demonstrieren oder Menschen bloßzustellen, zu demütigen.

Wer nicht anonym bleiben will – weil er zu seiner Meinung steht – gibt seine Identität preis, setzt sich aber unter anderem dem Verdacht des Populisten aus, wenn er aktuelle politische und rechtliche Verfahrensweisen anprangert, selbst wenn er keine Plattitüden formuliert.

Viele Bürger werden so öffentlich abgewatscht und in eine Ecke gestellt, die braun, übel riechend oder sonstiger Sperrbezirk ist, nur weil sie eine andere Meinung vertreten. In die Ecke aber kann nur jemand gewiesen werden, wenn er nicht ungenannt bleibt. Und so ist es verständlich, wenn anonyme Bekundungen zunehmen. Man hat seinem Unmut wenigstens einmal freien Lauf gelassen, muss keine Repressalien befürchten und vielleicht nickt der eine oder andere sogar zustimmend, wenn er die Kritik liest. Eine (nach allen Seiten) offene – für den Veranstalter folgenlose – Einlassung ist nicht garantiert. Wenn der öffentliche Raum für namenlosen Vandalismus (und andere Untaten) missbraucht wird, könnte also eine an-

onyme Erklärung des Missfallens angenommen werden.

Prävention lautet das Zauberwort, mit welchem derartigen Phänomenen begegnet werden kann und soll. Das erste Ziel dabei müssten diejenigen sein, die für die zerbrochenen Scheiben verantwortlich sind. Wer Eigentum lediglich erwirbt, um daraus Gewinn zu ziehen, aber nicht investiert, um es in Stand zu halten, der setzt die Ursache für Angst(t)räume. Eine Kuh kann nur solange gemolken werden, wie sie gefüttert wird. Ihr Kadaver würde allenfalls stinken, doch keine Milch produzieren. Das nächste Ziel wären die Krawallmacher, Verschmutzer und Zerstörer. Hier ist die Polizei gefragt, nicht als anonyme Dienststelle, deren Mitarbeiter sich nur bei Anforderung und nur im Auto bewegen, sondern als ansprechbare und ansprechende Ordnungshüter, bevor es zur Verletzung der öffentlichen Sicherheit (im Sinne der Gefahrenabwehr) kommt. Die Wahrung der öffentlichen Ordnung (Gesamtheit der ungeschriebenen Regeln für das Verhalten des einzelnen in der Öffentlichkeit) ist daher der entscheidende erste Schritt, um der Verwahrlosung des öffentlichen Raumes zu begegnen und ihn so der Anonymität zu entreißen.

Anmerkung: 1971 nach der Ausbildung wechselte ich in den Einzeldienst der Schutzpolizei einer schleswig-holsteinischen Großstadt. Da machte dieser Begriff noch Sinn, denn einen deutlichen Anteil der Dienstzeit absolvierte ich per pedes. Ich wurde vom Bürger auf Probleme hingewiesen und um Abhilfe gebeten. Ich sprach (gezielt) Kinder und Jugendliche an, wenn ihr Verhalten unangemessen und somit geeignet war, Konflikte zu erzeugen und eine Rechtsverletzung herbeizuführen. Ich lebe heute in einer Kleinstadt, mit rund 19.000 Einwohnern. Ich weiß, wo die Wache ist. Gelegentlich sehe ich einen Streifenwagen. Eine Fußstreife? Fehlanzeige! Manchmal besuche ich meine alte Heimat, die Großstadt. Polizisten zu Fuß sind dort eine Rarität, außer in der sommerlichen Hauptsaison oder anlässlich besonderer Veranstaltungen. Sprechen sie die Radfahrer (besser Radraser) oder die sich aufdringlich lautstark artikulierenden Jugendlichen in der Fußgängerzone an? Eher nein, der Stress muss auf ein Minimum reduziert werden. Ein Satz aus den Reihen der Politik: „Wir brauchen wieder Menschen mit Arsch in der Hose.“ Ich meine, auch solche in Uniform.

**Eckhard Schröder, Mölln**





Die Leserzuschriften in der DEUTSCHEN POLIZEI im April haben alle Recht, wir, die Polizei, sind der Prellbock verfehlter Politik und fehlgeleiteter Politiker und dann auch noch dem Humanismus verschriebener Richter. Es gibt ja auch nur noch Deals bei den Gerichtsverhandlungen. Straftäter, auch Jugendliche, gehören mit der Strenge des Gesetzes bestraft und nicht gestreichelt. Meist haben die, die keinerlei Staat akzeptieren, wenn er nicht in ihrem Sinne ist, diese Streichelstrafen wie Ermahnungen schon lange vorher erhalten. Sie haben falsche Signale bekommen, was sich jetzt in der Gewalt gegen Polizeibeamte widerspiegelt. Leider.

**Helmut Schleider, Göppingen**

### **Zu: Armut und Reichtum sind zwei Seiten einer Medaille, DP 4/14**

Ein ausgezeichnete Artikel, bei dem ich mir verwundert die Augen gerieben habe. Sind doch Armut und Ungleichheit in unserer „marktkonformen Demokratie“ nach wie vor weder hof- noch berichts-fähig. Mein Dank gilt daher dem Autor Prof. Bontrup, der hier Tacheles redet. Tja, es ist einer der Punkte, bei denen ich mich für Deutschland schäme. Eines der reichsten Länder der Welt landet auf dem Gerechtigkeitsindex im Mittelfeld mit der stärksten Tendenz zur weiteren Ungleichheit. Und viele finden das auch noch o.k.

Die Wurzel allen Übels ist unser Finanzsystem. Das Geldsystem hat überhaupt nichts mit Freiheit zu tun, sondern mit einer schleichenden Enteignung der Massen. Unser System basiert auf Schulden. Solange „Aufschwung“ und „Wachstum“ herrschen, steigen die Kreditaufnahmen bei Unternehmen und Privathaushalten. Es wird gebaut, werden Waren erzeugt, oder Dienstleistungen nachgefragt. Die Sicht auf die Enteignung wird vernebelt, weil die wachsende Produktion die Enteignung überdeckt. Das System benutzt dazu die Gier aller Menschen als Antrieb und nährt die Hoffnung, ebenfalls „aufsteigen“ zu können.

In einer Rezession merkt man aber schnell, was das System in Wirklich-

keit eigentlich ist: ein großes Enteignungssystem, welches die Massen im Vergleich zum Feudalismus nur besser mobilisieren und motivieren kann – nicht mehr und nicht weniger.

Ein Geldsystem, in dem alles Geld durch Kredit erzeugt wird, ist eine Fehlkonstruktion. Es ist irrelevant, wie viel Geld erzeugt wird, da jedenfalls immer die Zinsen fehlen. Das bestehende Finanzsystem ist optimal geeignet, um aus Geld noch mehr Geld zu machen, es ist ein Turbo für die Umverteilung von unten nach oben und für die Vermögenskonzentration in immer weniger Händen.

Wenn wir in die Historie schauen, liefern die Zyklen unseres Finanzsystems immer gleich oder ähnlich ab: Verschuldung – Überschuldung – Enteignung – Verelendung – Neustart. Das ficht die Oberen und Mächtigen aber überhaupt nicht an. Denn selbst bei Finanzblasen und Zusammenbrüchen machen Geldadel und Hochfinanz ihre „Schnäppchen“. Zinsausfälle können auch durch Sachwerte ausgeglichen werden. Das Geld- und Zinssystem führt also zwangsläufig dazu, dass die Protagonisten dieses Systems immer mehr reale Werte sichern. Dazu gehören auch grundlegende Dinge wie Lebensraum, Grund und Boden, Nahrung.

Das Geld- und Zinssystem ist folglich eine geniale Erfindung für die Mächtigen und Reichen dieser Welt. Durch die Kontrolle über das System und die relevanten Sachwerte sitzen sie auch nach einem Zusammenbruch wieder fest im Sattel und drücken einfach nur die Resetaste.

Der Teufelskreis ließe sich im Grunde nur dadurch durchbrechen, indem die Spielregeln geändert würden. Die Politik kann sich deshalb noch so sehr anstrengen, sie hat keine Chance. Innerhalb der gegenwärtigen Spielregeln des Systems sind Umverteilung, Machtkonzentrationen und Zusammenbruch unausweichlich.

**Andreas Reiser, Stuttgart**



In den nunmehr 15 Jahren meiner Mitgliedschaft habe ich sowohl die GdP als auch ihr Organ, die „DEUTSCHE POLIZEI“, immer als wohlthuend sachorientiert und politisch ausgewogen empfunden – oftmals im Gegensatz zu ihrer Mutterorganisation DGB. Umso enttäuschender finde ich, dass inzwischen anscheinend auch derart

schrille Töne deutlich linksgerichteter Provenienz bei „meiner“ Gewerkschaft salonfähig sind. Wenn Herr Prof. Dr. Bontrup für eine polizeiliche Fachzeitschrift schreiben möchte, möge er sich vorher einmal vor Augen führen, dass zu einer freiheitlichen rechtsstaatlichen Gesellschaftsordnung, auf die wir alle zu Beginn unseres Berufslebens vereidigt worden sind, als untrennbarer Bestandteil auch eine marktwirtschaftliche, von freiem Unternehmertum und Privatautonomie geprägte Wirtschaftsordnung gehört. Weiterhin übersieht Herr Bontrup augenscheinlich, dass sein eigener, von einem Professorengehalt bestimmter und sicherlich recht angenehmer Lebensstandard aus Steuermitteln finanziert wird und somit in erster Linie von den von ihm vielgeschmähten Unternehmern und Gewerbetreibenden (die für den Großteil des Steueraufkommens verantwortlich sind) sichergestellt wird.

Derartige kryptokommunistische Klassenkampfrhetorik habe ich bislang bloß in obskuren linksextremen Kampfblättchen wie etwa der „Jungen Welt“ verortet, nicht aber in dem Magazin der größten deutschen Polizeigewerkschaft. Man darf im Angesicht der weltweiten Finanz- und Staatsschuldenkrise mit Fug und Recht bestimmte Aspekte des derzeit herrschenden Weltwirtschaftssystems in Frage stellen und kritisch beleuchten. Wie man dabei allerdings zu Positionen kommen kann, die von der Geschichte schon vor Jahrzehnten falsifiziert worden sind und Osteuropa für ein halbes Jahrhundert und länger in Armut gestürzt haben, ist mehr als schleierhaft. Sollte dies allen Ernstes die künftige gesellschaftliche und politische Positionierung der GdP darstellen, werde ich meine andauernde Mitgliedschaft überdenken müssen.

**Harald Schmidt, per E-Mail**

### **Zu: Leserbrief des Kollegen Spindler aus Zittau zu „Jeder vierte Übergriff aus politischen Gründen“, DP 4/14**

Endlich greift jemand das Thema Gewalt auf, ohne bei den Symptomen, bei dem Lamento über Verrohung der Sitten und steigender Gewaltbereitschaft stehenzubleiben, sondern die Frage nach den Ursachen aufzuwerfen.



Und davon werden eine ganze Menge schon ganz richtig benannt, das Anwachsen der Armutproblematik in diesem fast reichsten Land der Erde, die Perspektivlosigkeit von Teilen der Jugend, der Langzeitarbeitslosen, all derer, die in diesem wahnsinnigen Konkurrenzrennen auf der Strecke bleiben. Nichts davon rechtfertigt Gewalt oder mindert die Schuld der Täter, aber bei einem solchen Massenphänomen kommen wir mit individuellen Schuldzuweisungen nicht weiter. Es ist das ureigenste Interesse der Polizei, dass soziale Konfliktfelder frühzeitig erkannt und mit politischen Mitteln bereinigt werden. Nein, die Polizei bestimmt nicht die Richtlinien der Politik, aber sie als Institution, die am nächsten an den Menschen und ihren Problemen ist, könnte ein Früherkennungsinstrument der politisch Verantwortlichen sein, um auf heranwachsende Konflikte, die entstehen, wenn Politik über die Köpfe der Menschen hinweg gemacht wird, hinzuweisen. Aber mit einer seltenen Arroganz, man sei schließlich gewählt und daher sei jede politische (Fehl-)entscheidung legitimiert, werden solche kritischen Hinweise beiseitegeschoben. Dabei wird ausgeblendet, dass immer mehr Menschen den Weg zur Wahlurne meiden, da sich für sie ohnehin nichts ändert bei der in mehrere Fraktionen gegliederten Einheitspartei.

Da wird demagogisch die Rente mit

67 begründet, weil wir ja alle älter werden und wohlweislich unterschlagen, dass sich inzwischen die Arbeitsproduktivität mindestens verhundertfacht hat und wir alle weniger und kürzer arbeiten könnten. Da ist es in diesem Land seit Jahren nicht möglich, ein wasserdichtes Verbot gegen die NPĐ zustande zu bringen, was immer wieder unsere Kollegen in die demütigende Rolle zwingt, diesen braunen Mob gegen die aufgebrachten Menschen aus Gründen der „Meinungsfreiheit“ zu schützen. Da braucht es Jahrzehnte und vielfältige gigantische Polizeieinsätze, bis den politisch Verantwortlichen dämmert, dass Gorleben wohl nicht die richtige endgültige Lösung für den Atommüll ist. Vorbei auch die Zeit, wo die Potentaten sich trauten, frei im Volk umher zu wandeln. Jedes Gipfeltreffen, jeder Staatsbesuch setzt Heerscharen von Polizisten in Bewegung, führt zu Sperrung ganzer Städte, verursacht Kosten in Millionenhöhe.

Das alles führt zu kaum noch zu ertragenden Belastungen für die Kollegen. Und während sich die Abgeordneten zynisch zehn Prozent Erhöhung ihrer Einkünfte bewilligen unter Verweis auf andere Gutverdiener, wird im öffentlichen Dienst um jeden Cent gezeilt. Mit den Mindestlohn-Jobbern, die wohl bisweilen produktivere Arbeit verrichten, haben sich diese Herrschaften wohl nicht verglichen.

Von sich heraus und ohne äußere

ren Druck wird diese erlesene Gesellschaft die sozialen Probleme wohl kaum anpacken, eben so wenig ist von den Spitzen der Polizeibehörden zu erwarten, dass sie anmahnen, diese Probleme nicht auf den Schultern der Polizisten auszutragen. Zu sehr sind sie in aller Regel selbst mit diesem politischen Apparat verflochten. Aber von unserer Berufsvertretung erwarte ich, dass sie stärker auf die Gründe für die gesellschaftlichen Fehlentwicklungen hinweist und politische Lösungen einfordert. Eine Hofberichterstattung im Stile der Bildunterschriften «Gewerkschaftssekretär A in anregendem Gespräch mit Ministerialdirigent B» brauchen wir nicht. Natürlich müssen Gespräche geführt werden, aber klare Kante, wenn es darum geht, unsere Kollegen davor zu bewahren, an den gesellschaftlichen Bruchlinien zerrieben zu werden. In der Konfrontation mit den Menschen hilft uns der Ruf nach schärferen Gesetzen und größeren Befugnissen kaum weiter.

Vor vielen Jahren sagte mal ein höherer Polizeiführer in Westberlin auf das Ansinnen der Geschäftsleute am Kudamm, diese Einkaufsmeile von den weniger Kaufkräftigen zu säubern, wir seien doch nicht die Büttel des Kapitals. Mit einer solchen Positionierung wird man sicher nicht Polizeipräsident in Berlin, aber trotzdem schön, dass es mal gesagt wurde.

**Jörg-Michael Gehler, Berlin/Görlitz**



Nr. 5 • 63. Jahrgang 2014 •  
Fachzeitschrift und Organ der  
Gewerkschaft der Polizei



**Erscheinungsweise und  
Bezugspreis:**  
Monatlich 2,90 EURO  
zuzüglich Zustellgebühr.  
Bestellung an den Verlag.  
Für GdP-Mitglieder ist der  
Bezug durch den  
Mitgliedsbeitrag abgegolten.

## Deutsche Polizei

**Herausgeber:** Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand,  
Stromstr. 4, 10555 Berlin  
**Telefon:** (030) 39 99 21 - 0  
**Fax:** (030) 39 99 21 - 200  
**Internet:** www.gdp.de

**Redaktion DEUTSCHE POLIZEI/Internetredaktion/  
Pressestelle**

**Chefredakteur/Pressesprecher:** Rüdiger Holecek (hol)  
**CvD:** Michael Zielasko (mzo), Wolfgang Schönwald (wsd)  
**Sekretariat:** Johanna Treuber  
**Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle, Stromstraße 4,**  
10555 Berlin  
**Telefon:** (030) 39 99 21 - 113 - 117  
**Fax:** (030) 39 99 21 - 200  
**E-Mail:** gdp-pressestelle@gdp.de  
**Grafische Gestaltung & Layout:**  
Rembert Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfassernamen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten.

In DEUTSCHE POLIZEI veröffentlichte Beiträge werden ggf. auf www.gdp.de und GdP-APP verbreitet.



**VERLAG  
DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH  
Anzeigenverwaltung  
Ein Unternehmen der Gewerkschaft  
der Polizei**  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
**Telefon** Düsseldorf (0211) 7104 - 183  
**Fax** (0211) 7104 - 174 **E-Mail** av@vdpolizei.de

**Geschäftsführer:**  
Bodo Andrae, Joachim Kranz

**Anzeigenleiterin:**  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 36  
vom 1. Januar 2014



**Druckauflage dieser Ausgabe:**  
177.368 Exemplare  
ISSN 0949-2844

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG,  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,  
Postfach 1452, 47594 Geldern,  
Telefon (02831) 396-0,  
Fax (02831) 89887

**Titel**

Foto:  
Christoph Früchtling  
Gestaltung:  
Rembert Stolzenfeld



# FÜR DIE PRAXIS



## Suizid

Umgang mit gefährdeten Personen

Von **Guido Kolk** und **Jens Walkowiak**

1. Auflage 2011

**Umfang:** 144 Seiten / **Format:** DIN A5, Broschur

**Preis:** 99,90 € [D] / **ISBN** 978-3-8011-0667-6

Mit diesem Buch wollen die Autoren die Handlungssicherheit von Berufspraktikern im Umgang mit Menschen in einer suizidalen Krise stärken und konkrete Hilfestellungen geben. Wird doch von den Einsatzkräften erwartet, besonnen und angemessen zu reagieren

Im ersten Teil nehmen die Autoren eine Einordnung und Beschreibung des psychischen Zustandes gefährdeter Personen vor. Im zweiten Teil beschreiben sie Einsatzvorbereitung, Abstimmung mit der Leitstelle und den Einsatz vor Ort. Notwendige Gesprächsabläufe für unterschiedliche Problemfelder verdeutlichen sie anhand beispielhafter Dialoge. Durch Problemanalysen und die Darstellung konkreter Handlungsalternativen fördern sie zudem die Fehlervermeidung.



### DIE AUTOREN

*Dr. Jens Walkowiak, Diplom-Psychologe;*

*Guido Kolk, Polizeioberkommissar, Traumafachberater*

## Pressearbeit der Polizei

Leitfaden für die Praxis

Von **Karl Beele** und **Jan Schabacker**

3. Auflage 2012

**Umfang:** 192 Seiten / **Format:** DIN A5, Broschur

**Preis:** 24,90 € [D] / **ISBN** 978-3-8011-0673-7

Dieses Buch beschreibt für Praktiker in den Polizeipressstellen sowie Polizeibeamte, die in ihren Funktionen Kontakte zu Medien haben, das konkrete Wie und Was der polizeilichen Medienarbeit.

Die inhaltliche Gestaltung berücksichtigt dabei alle Themenfelder der Ablauforganisation einer modernen Polizeipressestelle und bietet verlässliche Informationen für den Umgang mit den Medien. Neben der klassischen Pressearbeit gehen die Autoren auch auf die Medienarbeit vor der Kamera ein und beleuchten die Auswirkungen des Internets und von Social Media wie Facebook, YouTube und Twitter, die heute wesentliche Teile der täglichen Pressearbeit mitbestimmen.



### DIE AUTOREN

*Karl Beele, EPHK a.D.;*

*Jan Schabacker, Pressesprecher im PP Münster.*



**VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH**

**Buchvertrieb**

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270  
vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de · www.VDPolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeiten unter: [www.VDPolizei.de](http://www.VDPolizei.de)

# LUST AUF SOMMER

## Grillset „Outdoor“

20 tlg. Set bestehend aus

- Wender
- Bürste
- Grillgabel
- Messer
- Pinsel
- Zange
- 4 lange Spieße
- 8 kleine Spieße
- Salz- und Pfefferstreuer
- Im Metallkoffer
- 50 x 32 x 9 cm



	VK-Preis für ☀ Mitglieder	VK-Preis
256605	36,95	46,95

## Grillset „Starter“

3 tlg. Set bestehend aus

- Grillgabel
- Zange
- Wender
- Im Metallkoffer
- 37 x 9 x 11,5 cm



	VK-Preis für ☀ Mitglieder	VK-Preis
256505	16,95	21,95



## Gartenbank „Bench“

- Material Polypropylen
- Wetter- und UV-beständig
- Raumvolumen ca. 265 Liter
- Sitzplätze für 2 Personen
- Abschließbar (Schloss im Lieferumfang nicht enthalten)
- Einfache Montage
- Max. Deckelbelastung: ca. 350 Kg.
- Ladegewicht ca. 35 Kg.
- GS-geprüft
- 140 x 60 x 84 cm



		VK-Preis für ☀ Mitglieder	VK-Preis
sand	256305	175,95	219,95
anthrazit	256405		

Alle Preise inkl. MwSt. ohne zusätzliche Versandkosten. Eine Lieferung mit Produkten aus dem Werbemittelangebot ist leider nicht möglich.

Letzter Bestelltermin: 31.5.2014

## Cool Bar

Beistelltisch mit integrierter Eisbox

- Höhenverstellbare Tischplatte
- Teleskopmechanismus für leichtes ausziehen
- Höhe geöffnet 84 cm
- Auch als Beistelltisch verwendbar
- Höhe als Beistelltisch ca. 57 cm
- Praktische Ablauffunktion
- Patentiertes Design
- GS-geprüft
- Material Polypropylen
- 49,5 x 49,5 x 57 (84) cm



		VK-Preis für ☀ Mitglieder	VK-Preis
creme/braun	256205	72,95	91,95



Organisations- und Service-Gesellschaft der Gewerkschaft der Polizei mbH

Postfach 309 • 40703 Hilden • Tel.: 02 11/7104-168 • Fax: - 4165  
osg.werbemittel@gdp.de • www.osg-werbemittel.de

Weitere Produkte finden Sie unter: [www.osg-werbemittel.de](http://www.osg-werbemittel.de), oder fordern Sie unseren kostenlosen OSG-Werbemittelkatalog an.